

Handbuch Vergaberecht

Gabriel / Krohn / Neun

4. Auflage 2024
ISBN 978-3-406-80233-1
C.H.BECK

schnell und portofrei erhältlich bei
beck-shop.de

Die Online-Fachbuchhandlung beck-shop.de steht für Kompetenz aus Tradition. Sie gründet auf über 250 Jahre juristische Fachbuch-Erfahrung durch die Verlage C.H.BECK und Franz Vahlen. beck-shop.de hält Fachinformationen in allen gängigen Medienformaten bereit: über 12 Millionen Bücher, eBooks, Loseblattwerke, Zeitschriften, DVDs, Online-Datenbanken und Seminare. Besonders geschätzt wird beck-shop.de für sein umfassendes Spezialsortiment im Bereich Recht, Steuern und Wirtschaft mit rund 700.000 lieferbaren Fachbuchtiteln.

Gabriel/Krohn/Neun
Handbuch Vergaberecht



beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG



beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

Handbuch Vergaberecht

GWB · VgV · SektVO · VSVgV
KonzVgV · VOB/A · UVgO
VO (EG) 1370/2007 (ÖPNV) · SGB V · AEUV
VO (EU) 2022/1031 (IPI) · VO (EU) 2022/2560 (FSR)

Herausgegeben von

Prof. Dr. Marc Gabriel, LL.M. (Nottingham)

Rechtsanwalt in Berlin

Dr. Wolfram Krohn, M.P.A. (Harvard)

Rechtsanwalt in Berlin

Dr. Andreas Neun

Rechtsanwalt in Berlin

beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

4. Auflage 2024



Zitiervorschlag:
Gabriel/Krohn/Neun VergabeR-HdB/Bearbeiter


beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

beck.de

ISBN 978 3 406 80233 1

© 2024 Verlag C.H.Beck oHG
Wilhelmstraße 9, 80801 München
Satz, Umschlag, Druck und Bindung:
Druckerei C.H.Beck Nördlingen
(Adresse wie Verlag)



chbeck.de/nachhaltig

Gedruckt auf säurefreiem, alterungsbeständigem Papier
(hergestellt aus chlorfrei gebleichtem Zellstoff)

Der Verlag behält sich auch das Recht vor, Vervielfältigungen dieses Werkes
zum Zwecke des Text and Data Mining vorzunehmen.

Vorwort zur 4. Auflage

Seit der Erstauflage des Handbuchs im Jahr 2014 und seit Erscheinen der dritten Auflage 2021 hat sich das Vergaberecht weiter rasant fortentwickelt. Diese Weiterentwicklung erneut – in der etablierten Struktur des Handbuchs – abzubilden, soll Aufgabe dieser vierten Auflage sein. Schwerpunkte der Aktualisierung bilden dabei das neue Ordnungsrecht auf EU-Ebene zu Drittstaatensubventionen und zum International Procurement Instrument, aber auch die Lieferkettengesetzgebung, die Beschleunigungsgesetze in Sachen LNG und Bundeswehrbeschaffung, die Russlandsanktionen infolge des Krieges gegen die Ukraine, die Vorschriften des ALBVVG zur EU-Arzneimittelproduktion im Zusammenhang mit Rabattverträgen sowie die Umstellung auf eForms. Außerdem wurden auch diesmal wieder mehrere Kapitel des Handbuchs grundlegend neubearbeitet und ausgebaut, wie zum Beispiel die Abschnitte zum Green Procurement, dem Wettbewerbsregisterrecht, zu Auftragsvergaben unterhalb der Schwellenwerte sowie zu Vergabeunterlagen und Vertragsbedingungen. Zudem ist das wichtige Wettbewerbsregisterrecht an den Anfang des Besonderen Teils (Kapitel 10) gerückt.

Mögliche weitere Aktualisierungen und Modernisierungen des Vergaberechts durch den vom BMWK angestoßenen „Vergabetransformations“-Prozess sowie zur Stärkung der Tarifbindung für Vergaben des Bundes sind bewusst noch nicht Gegenstand dieser vierten Auflage. Rechtsentwicklung, Literatur und Judikatur konnten dabei bis April 2024 berücksichtigt werden.

Auch bei der Arbeit an der vierten Auflage ist das besondere Konzept dieses Handbuchs – einer aktuellen und am Ablauf eines Vergabeverfahrens orientierten anwenderfreundlichen Gesamtdarstellung des gesamten allgemeinen wie besonderen deutschen Vergaberechts unter Vermeidung von Doppelungen und Redundanzen bei der Kommentierung inhaltsgleicher Vorschriften – unverändert aufrechterhalten und weiterverfolgt worden. Die daher nach wie vor gültige Beschreibung in der Erstauflage über Aufbau und Handhabung des Werks ist im Anschluss an dieses Vorwort zur vierten Auflage weiterhin abgedruckt.

Im Allgemeinen Teil (bis einschließlich Kapitel 9) geben wir bei den einzelnen Paragraphen zu Beginn nicht nur alle behandelten Vorschriften (einschließlich VOB/A, UVgO, VergStatVO usw.) an, sondern drucken die behandelten Vorschriften auch weiterhin im vollen Normtext ab, allerdings nur noch soweit es sich um die – durch das EU-Richtlinienrecht determinierten – Vorschriften des GWB, der VgV, der SektVO, der VSVgV, der KonzVgV und der VOB/A-EU sowie VOB/A-VS handelt. Im Besonderen Teil (ab Kapitel 10) belassen wir es jeweils bei der bloßen Angabe der relevanten Vorschriften zu Beginn der einzelnen Paragraphen. Das bedeutet auch, dass wir im Besonderen Teil (ab Kapitel 10) auf den Abdruck der Normtexte der alten und neuen EU-Verordnungen, des WRegG, der WRegV und auch – wie bisher – auf den Abdruck der UVgO oder gar der einzelnen Landesvergabegesetze verzichten. Das hat Konsequenzen für das Vorschriftenverzeichnis, das in dieser Neuauflage nach der KonzVgV endet.

Zu großem Dank sind die Herausgeber erneut allen Autorinnen und Autoren (deren Kreis sich abermals erweitert hat) verpflichtet, für ihre inhaltliche Aufarbeitung der Themen, aber auch für die Sorgfalt, der allseits in die Befolgung der Verlagsvorgaben investiert worden ist, welche eine noch bessere digitale Nutzung des Handbuchs in beck-online sicherstellen.

Die Herausgeber sind dem zuständigen juristischen Lektoratsleiter, Herrn Dr. Roland L. Klaes, und der betreuenden Lektorin, Frau Anke Teresa Schaub sowie ihrer Mitarbeiterin Dagmar Schwarz beim Verlag C.H. Beck herzlich dankbar. Ohne ihre Umsicht, Erfahrung und tatkräftige Unterstützung wäre die vierte Auflage nicht entstanden. Ein besonderer Dank gilt schließlich Herrn Peter Mack, Anwendungsbetreuer Content Management

Vorwort zur 4. Auflage

Systeme (CMS) beim Verlag C.H.Beck, der die reibungslose Erstellung des Werks im Verlags-CMS ermöglicht und begleitet hat.

Für konstruktive Kritik und Hinweise sind die Herausgeber und der Verlag weiterhin dankbar. Anmerkungen mögen, ungeachtet der inhaltlichen Verantwortung der Autorinnen und Autoren für ihre Abschnitte, zu Händen der Herausgeber übersandt werden an: anke.schaub@beck.de.

Berlin, im April 2024

Marc Gabriel

Wolfram Krohn

Andreas Neun



beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

Vorwort zur 3. Auflage

Seit der Erstauflage des Handbuchs im Jahr 2014 hat sich das Vergaberecht rasant weiterentwickelt und dabei zum Teil grundlegend geändert. Lag der Schwerpunkt der Aktualisierung anlässlich der zweiten Auflage noch in der Einarbeitung der großen Vergaberechtsreform des Jahres 2016 und der Umsetzung der europäischen Vergaberichtlinien vom Februar 2014, wurden für die dritte Auflage ein besonderer Schwerpunkt unter anderen auf die hochaktuellen und praxisrelevanten Themenbereiche e-Vergabe, das neue Wettbewerbsregister und Beschaffungen zur Eindämmung der COVID-19-Pandemie und deren Auswirkungen auf Vergabeverfahren gelegt. Außerdem wurden mehrere Kapitel des Handbuchs grundlegend Neubearbeitet und ausgebaut, wie zum Beispiel die Teile zur Leistungsbeschreibung, zu Compliance und Selbstreinigung, zum Öffentlichen Preisrecht, zu Konzessionsvergaben und zu Auftragsvergaben im Bereich der gesetzlichen Krankenversicherung. Besonderes Augenmerk wurde dabei auf die neuen Akzente in der Rechtsprechung insbesondere des neu besetzten Düsseldorfer Vergabesenats und des BGH gelegt. Rechtsentwicklung, Literatur und Judikatur konnten dabei bis September 2020 berücksichtigt werden.

Auch bei der Arbeit an der dritten Auflage ist das besondere Konzept dieses Handbuchs – einer aktuellen und am Ablauf eines Vergabeverfahrens orientierten anwenderfreundlichen Gesamtdarstellung des gesamten allgemeinen wie besonderen deutschen Vergaberechts unter Vermeidung von Doppelungen und Redundanzen bei der Kommentierung inhaltsgleicher Vorschriften – unverändert aufrechterhalten und weiterverfolgt worden. Die daher nach wie vor gültige Beschreibung in der Erstauflage über Aufbau und Handhabung des Werks ist daher im Anschluss weiterhin abgedruckt.

Zu großem Dank sind die Herausgeber erneut allen Autorinnen und Autoren (deren Kreis sich abermals erweitert hat) verpflichtet, welche auch die beträchtliche Mühe einer weitgehenden Neubearbeitung des Fußnotenapparates mit Verständnis und großer Sorgfalt auf sich genommen haben. Detaillierte redaktionelle Vorgaben stellen die optimalen digitale Nutzung des Handbuchs in beck-online sicher. Ebenso wie im Vergaberecht selbst (e-Vergabe) gilt auch für die erläuternde Literatur: Den neuen Medien gehört die Zukunft und jeder Schritt in diese Richtung ist eine gute Investition in die kommende Zeit.

Die Herausgeber sind dem zuständigen juristischen Lektoratsleiter, Herrn Dr. Roland L. Klaes, und der betreuenden Lektorin, Frau Dr. Annalena Hanke sowie ihrer Mitarbeiterin Martina Schöner beim Verlag C.H. Beck herzlich dankbar. Ohne ihre Umsicht, Erfahrung und tatkräftige Unterstützung wäre die dritte Auflage in dieser Zeit und Form nicht zu bewältigen gewesen. Schließlich haben die Herausgeber vielen helfenden Händen zu danken, ohne deren Mitwirkung die grundlegende Neubearbeitung eines so umfangreichen Werks nicht zu bewältigen ist. Das gilt insbesondere für Herrn Dipl.-Jur. Raphael Menges, LL.M. (oec.), der sehr engagiert und mit außerordentlicher Akribie die herausgeberischen Arbeiten begleitet hat.

Für konstruktive Kritik und Hinweise sind die Herausgeber und der Verlag weiterhin dankbar. Anmerkungen mögen, ungeachtet der inhaltlichen Verantwortung der Autorinnen und Autoren für ihre Abschnitte, zu Händen der Herausgeber übersandt werden (marc.gabriel@bakermckenzie.com, wolfram.krohn@dentons.com, andreas.neun@gleiss-lutz.com).

Berlin, im Dezember 2020

Marc Gabriel

Wolfram Krohn

Andreas Neun



beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

Vorwort zur 2. Auflage

Seit der Erstauflage des Handbuchs im Jahr 2014 hat sich das Vergaberecht grundlegend geändert. Ausgehend von den drei europäischen Vergaberichtlinien vom Februar 2014 kam es zur großen deutschen Vergaberechtsreform (zur Richtlinienumsetzung) im April 2016, die erst Anfang 2017 mit Veröffentlichung der Unterschwellenvergabeordnung ihren vorläufigen Abschluss gefunden hat. Diese bislang umfassendste Vergaberechtsnovellierung hat eine vollständige Neubearbeitung des gesamten Werks erforderlich gemacht, was sich ua in den Kapiteln 1, 2, 12 und 16 des Handbuchs zeigt, wo nunmehr das neue Regime der sozialen und anderen besonderen Dienstleistungen behandelt wird, welches die vormalige Unterteilung zwischen sog. vor- und nachrangigen Dienstleistungen ersetzt, elektronische und andere besondere Instrumente des Vergaberechts in ihrer hervorgehobenen Bedeutung erläutert werden, der neuen Konzessionsvergabeverordnung ein ganzes Kapitel gewidmet wird und Auftragsvergaben unterhalb der europäischen Schwellenwerte nun auf der Basis der Unterschwellenvergabeordnung kommentiert werden. Der Kreis der Autorinnen und Autoren hat sich entsprechend erweitert.

Neben den Überarbeitungsbedarf aufgrund der Vergaberechtsreform sind in den letzten drei Jahren zahlreiche wichtige Entscheidungen von Nachprüfungsinstanzen – sei es des europäischen Gerichtshofs, nationaler Vergabesenate oder -kammern oder des Bundesgerichtshofs – getreten, die ebenfalls großen Einfluss auf die Auslegung und Anwendung des Vergaberechts in Deutschland genommen haben und in ihrer praktischen Bedeutung den vorgenannten Rechtsänderungen in Nichts nachstehen.

Bei der Arbeit an der Zweitaufgabe ist das besondere Konzept dieses Handbuchs unverändert aufrechterhalten und weiterverfolgt worden. Die daher nach wie vor gültige Beschreibung in der Erstauflage über Aufbau und Handhabung des Werks ist aus diesem Grund im Anschluss weiterhin abgedruckt.

Zu großem Dank sind die Herausgeber abermals allen Autorinnen und Autoren verpflichtet, welche die Mühe einer durch die Vergaberechtsreform bedingten mitunter vollständigen Neubearbeitung bewundernswert engagiert und unter pünktlicher Wahrung der teils engen Abgabefristen auf sich genommen haben. Gleichzeitig sind die Herausgeber dem zuständigen Lektoratsleiter, Herrn Dr. Roland L. Klaes, und dem betreuenden Lektor, Herrn Gerald Fischer, sowie seiner Mitarbeitern Martina Schöner herzlich dankbar. Ohne ihre Unterstützung und Mithilfe wäre die Zweitaufgabe weder in dieser Zeit noch in dieser Form zu bewältigen gewesen.

Für konstruktive Kritik und Hinweise sind die Herausgeber und der Verlag weiterhin dankbar. Anmerkungen mögen, ungeachtet der inhaltlichen Verantwortung der Autorinnen und Autoren für ihre Abschnitte, zu Händen der Herausgeber übersandt werden (marc.gabriel@bakermckenzie.com, wolfram.krohn@dentons.com, andreas.neun@gleiss-lutz.com).

Berlin, im Mai 2017

Marc Gabriel

Wolfram Krohn

Andreas Neun



beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

Vorwort zur 1. Auflage

Das Vergaberecht erfreut sich seit Einführung des Vierten Teils des GWB eines beachtlichen Maßes an wissenschaftlich-literarischer Durchdringung. Je nach Zählweise kann der Vergaberechtsuchende heutzutage rund vier Dutzend Kommentare, Hand- und Lehrbücher zurate ziehen, in denen „das Vergaberecht“ mal in Teilbereichen, mal in Gänze, teils systematisch, teils nach Paragraphen geordnet aufbereitet wird. Der Leser mag sich daher die Frage stellen, welchen speziellen Bedarf das vorliegende Werk decken soll.

Das – besondere – Konzept dieses Handbuchs basiert auf der in der Beratungspraxis der Herausgeber wiederholt gemachten Feststellung, dass es schwierig ist, einen vergaberechtlichen Ratgeber zu finden, der sowohl dem Einsteiger ein kompaktes Einlesen in Einzelthemen wie auch „das Vergaberecht“ im Ganzen ermöglicht, als auch dem Fortgeschrittenen ein Nachschlagen vertieft aufbereiteter „paragraphenscharfer“ Spezialfragen erlaubt. Der didaktische Graben zwischen Kommentar und Lehr- oder Handbuch wird nur selten in ein und demselben Werk überbrückt. Der vorliegende Band soll diese Lücke schließen und eine erschöpfende Gesamtdarstellung des gesamten deutschen Vergaberechts einschließlich aller praktisch bedeutsamen Nebengebiete bieten.

Anders als ein klassischer Kommentar zum Vergaberecht, der anhand der erläuterten Gesetzes- und Regelwerke paragrafengenau gegliedert ist, orientiert sich dieses Handbuch in seinem Allgemeinen Teil der Praxis folgend chronologisch an den verschiedenen Phasen eines Vergabeverfahrens und den sich hieraus ergebenden Fragestellungen. Die im Allgemeinen Teil erläuterten Sachthemen beziehen sich dabei übergreifend auf „klassische“ Auftragsvergaben im Rahmen jeder der drei geltenden Vergabe- und Vertragsordnungen, unter Einbeziehung aller geltenden Vergabevorschriften in GWB, VgV, VOL/A, VOB/A und VOF samt ihrer jeweiligen Spezifika. Hierdurch sollen Redundanzen und Wiederholungen vermieden werden, die – dem Kaskaden- und Schubladenprinzip geschuldet – darauf zurückgehen, dass sich die gleichen Rechtsfragen mehr oder weniger inhaltsgleich bei parallelen Vorschriften verschiedener Regelwerke stellen. Gemeinsamkeiten, aber auch Unterschiede der vergaberechtlichen Regelwerke werden so aufgezeigt und in übersichtlicher Form dargestellt. Das einfache und schnelle Auffinden der Erläuterungen zu bestimmten Einzelvorschriften wiederum wird durch ein Vorschriftenverzeichnis erleichtert; insoweit soll das Handbuch vergleichbar einer Kommentierung von Einzelvorschriften genutzt und zitiert werden können.

Dem Allgemeinen Teil folgt sodann ein bereichsspezifischer Besonderer Teil, in dem sämtliche sektorale Sondervergaberegime dargestellt werden, die sich in den vergangenen Jahren entwickelt haben. Neben Vergaben nach SektVO, VSVgV und VO (EG) 1370/2007 zählen hierzu auch die in der Praxis bedeutsamen Vergaben im Gesundheitsbereich (Krankenkassenausschreibungen) und im Unterschwellenbereich sowie Bieter- und Auswahlverfahren, die nicht in den Anwendungsbereich des GWB-Vergaberechts fallen. Rechtsentwicklung, Literatur und Judikatur konnten bis Januar 2014 berücksichtigt werden. An mehreren Stellen wird bereits auf die neuen EU-Vergaberichtlinien Bezug genommen. Eine umfassende rechtliche Würdigung der neuen Richtlinien war allerdings in dieser ersten Auflage (noch) nicht zu leisten.

Die Herausgeber sind vor allem den Autorinnen und Autoren für ihren unermüdlichen Einsatz und ihre Geduld während der Entstehungsphase zum Dank verpflichtet. Herzlicher Dank gebührt ferner dem Verlag C.H. Beck für die Unterstützung des Konzepts sowie dem zuständigen Lektoratsleiter, Herrn Dr. Roland L. Klaes, und dem betreuenden Lektor, Herrn Gerald Fischer, die das Werk seit Anfang an begleitet haben. Schließlich haben die Herausgeber zahlreichen Helfern zu danken, ohne deren Unterstützung im Hintergrund die Erstellung eines so umfangreichen Werks nicht zu bewältigen gewesen wäre. Das gilt im Berliner Büro der Sozietät Baker & McKenzie insbesondere für Frau Rechtsanwältin

Vorwort zur 1. Auflage

Cornelia Groth und Herrn Dipl.-Jur. Maximilian Voll, die sich von der Anfangsphase bis zur Schlussredaktion außerordentlich engagiert für das Werk eingebracht haben.

Für weiterführende Bemerkungen, Kritik und Hinweise sind die Herausgeber und der Verlag dankbar. Anregungen mögen, ungeachtet der inhaltlichen Verantwortung der Autorinnen und Autoren für ihre Abschnitte, zu Händen der Herausgeber übersandt werden (marc.gabriel@bakermckenzie.com, wkrohn@orrick.com, andreas.neun@gleisslutz.com).

Berlin, im März 2014

Marc Gabriel

Wolfram Krohn

Andreas Neun



beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

Bearbeiterverzeichnis

Petra Bachmann
Rechtsanwältin, Berlin
§§ 91–93

Dr. Christian Braun
Rechtsanwalt und Fachanwalt für Verwaltungsrecht,
Fachanwalt für Vergaberecht, Leipzig
§§ 64–70

Dr. Peter Braun, LL.M. (Wales)
Rechtsanwalt, Frankfurt am Main
§§ 15, 16, 30

Louise Pullmann
Regierungsrätin, Berlin
§§ 10, 11

Dr. Sebastian Conrad
Rechtsanwalt und Fachanwalt für Vergaberecht,
Fachanwalt für Verwaltungsrecht, Berlin
§§ 33–36, 88–90

Dr. Alexander Fandrey
Rechtsanwalt und Fachanwalt für Vergaberecht, Düsseldorf
§§ 4, 8, 9

Dr. Christiane Freytag
Rechtsanwältin, Stuttgart
§§ 37–39

Prof. Dr. Marc Gabriel, LL.M. (Nottingham)
Rechtsanwalt und Fachanwalt für Medizinrecht,
Fachanwalt für Vergaberecht,
Fachanwalt für Verwaltungsrecht, Berlin
§§ 17, 18, 76–87

Andreas Haupt
Rechtsanwalt und Fachanwalt für Vergaberecht,
Fachanwalt für Verwaltungsrecht, Köln
§§ 26, 29

Oliver M. Kern, LL.M. (UNSW)
Rechtsanwalt, Berlin
§ 32

Dr. Marco König
Rechtsanwalt, Stuttgart
§§ 6, 7, 14, 31

Dr. Wölfram Krohn, M.P.A. (Harvard)
Rechtsanwalt, Berlin
§§ 3, 19, 58–63

Dr. Annette Mutschler-Siebert, M.Jur. (Oxon)
Rechtsanwältin, Berlin
§ 32

Dr. Andreas Neun
Rechtsanwalt und Fachanwalt für Verwaltungsrecht, Berlin
§§ 40–47

Christine Ohlerich, LL.M. (Nottingham)
Leitende Regierungsdirektorin, Bonn
§§ 20, 23, 28

Tobias Osseforth, Mag.rer.publ.
Rechtsanwalt und Fachanwalt für Vergaberecht, München
§ 13

Dr. Olaf Otting
Rechtsanwalt und Fachanwalt für Verwaltungsrecht, Hanau
§§ 71–75

Monika Prell
Rechtsanwältin, Berlin
§ 5

Dr. Ingrid Reichling
Rechtsanwältin und Fachanwältin für Vergaberecht, München
§ 2

Dr. Tobias Schneider
Rechtsanwalt und Fachanwalt für Vergaberecht, Berlin
§§ 3, 12

Dr. Andreas Schulz, LL.M. (VUW)
Rechtsanwalt und Fachanwalt für Vergaberecht, Berlin
§§ 50–57

Dr. Daniel Soudry, LL.M.
Rechtsanwalt und Fachanwalt für Vergaberecht, Berlin
§§ 48, 49

Dr. Wiland Tresselt
Rechtsanwalt, Frankfurt am Main
§§ 71–75

Dr. Maximilian Voll, LL.M. (London)
Rechtsanwalt, Berlin
§ 21

Dr. Katharina Weiner
Rechtsanwältin, Düsseldorf
§§ 1, 22

Prof. Dr. Mark von Wietersheim
Rechtsanwalt, Berlin
§§ 24, 25, 27

Inhaltsübersicht

Vorwort zur 4. Auflage	V
Vorwort zur 3. Auflage	VII
Vorwort zur 2. Auflage	IX
Vorwort zur 1. Auflage	XI
Bearbeiterverzeichnis	XIII
Inhaltsverzeichnis	XXXI
Verzeichnis der Abkürzungen und der abgekürzt zitierten Literatur	LXXXIII
Vorschriftenverzeichnis	CVII

Allgemeiner Teil

Kapitel 1 Grundlagen

§ 1 Grundsätze des Vergaberechts (*Weiner*)

A. Einleitung	6
B. Der Wettbewerbsgrundsatz, § 97 Abs. 1 GWB	8
C. Der Transparenzgrundsatz, § 97 Abs. 1 GWB	15
D. Der Wirtschaftlichkeitsgrundsatz, § 97 Abs. 1 S. 2 GWB	19
E. Der Verhältnismäßigkeitsgrundsatz, § 97 Abs. 1 S. 2 GWB	20
F. Der Gleichbehandlungsgrundsatz, § 97 Abs. 2 GWB	21
G. Die Berücksichtigung qualitativer, innovativer, sozialer und umweltbezogener Aspekte, § 97 Abs. 3 GWB	26
H. Die Berücksichtigung mittelständischer Interessen, § 97 Abs. 4 S. 1–3 GWB ..	27

§ 2 Anwendungsbereich (*Reichling*)

A. Einleitung	41
B. Anwendungsbereich des EU-Kartellvergaberechts gemäß §§ 97 ff. GWB, der Vergabeverordnungen sowie der Vergabe- und Vertragsordnung für Bauleistungen (VOB/A-EU und VOB/A-VS)	44
C. Anwendungsbereich des nationalen Vergaberechts	82
D. Anwendungsbereich des 3. Abschnitts der VOB/A (VOB/A-VS)	86
E. Besonderheiten im Zusammenhang mit dem russischen Angriffskrieg auf die Ukraine	86

§ 3 Auftraggeber (*Krohn/Schneider*)

A. Einleitung	90
B. Gebietskörperschaften und deren Sondervermögen (§ 99 Nr. 1 GWB)	91
C. Andere juristische Personen des öffentlichen und des privaten Rechts (§ 99 Nr. 2 GWB)	92
D. Verbände (§ 99 Nr. 3 GWB)	108
E. Staatlich subventionierte Auftraggeber (§ 99 Nr. 4 GWB)	108
F. Sektorenauftraggeber (§ 100 GWB)	109
G. Konzessionsgeber (§ 101 GWB)	113

§ 4 Öffentliche Aufträge (*Fandrey*)

A. Einleitung	122
B. Öffentlicher Auftrag (§ 103 Abs. 1 GWB)	124

Inhaltsübersicht

C. Auftragsarten	140
D. Zuordnung von Aufträgen und Konzessionen	144

§ 5 Elektronische Kommunikation (Prell)

A. Einleitung	161
B. Verpflichtende E-Vergabe	163
C. Verpflichtende E-Rechnung	178
D. Fazit	180

§ 6 Besondere Auftragsvergaben: In-house-Geschäfte und staatliche Kooperationen (König)

A. Einleitung	183
B. In-house-Geschäfte	185
C. Staatliche Kooperationen	201

§ 7 Soziale und andere besondere Dienstleistungen (König)

A. Einleitung	214
B. Erfasste Dienstleistungen	216
C. Vergaberechtliche Erleichterungen für soziale und andere besondere Dienstleistungen	218

§ 8 Schwellenwerte und Auftragswertberechnung (Fandrey)

A. Einleitung	228
B. Anpassung der geltenden Schwellenwerte	230
C. Überblick über die geltenden Schwellenwerte	231
D. Der Rahmen für die Schätzung des Auftragswertes	232
E. Schätzung bei Bauaufträgen	235
F. Schätzung bei Liefer- und Dienstleistungsaufträgen	240
G. Besondere Konstellationen	243

§ 9 Die Grundzüge vergaberechtlicher Einflüsse auf das Zuwendungsrecht (Fandrey)

A. Einleitung	248
B. Die Verbindung des Zuwendungs- mit dem Vergaberecht	250
C. Der Widerruf des Zuwendungsbescheides wegen Verstoßes gegen das Vergaberecht	253
D. Die Kontrolle der Mittelverwendung	261
E. Rechtsschutz des Zuwendungsempfängers gegen Widerruf und Rückforderung	264
F. Die weitere Entwicklung des Zuwendungsrechts	265

Kapitel 2 Vergabeverfahrensarten

§ 10 Offenes Verfahren, nicht offenes Verfahren, Verhandlungsverfahren (Butler/Pullmann)

A. Einleitung	275
B. Wahl der richtigen Vergabeverfahrensart	277
C. Die einzelnen Vergabeverfahrensarten	280

§ 11 Öffentliche Ausschreibung, beschränkte Ausschreibung, freihändige Vergabe (Butler/Pullmann)

A. Einleitung	311
B. Wahl der richtigen Vergabeverfahrensart	312
C. Die einzelnen Vergabeverfahrensarten	318

§ 12 Wettbewerblicher Dialog und Innovationspartnerschaft (Schneider)	
A. Wettbewerblicher Dialog	346
B. Innovationspartnerschaft	375
§ 13 Rahmenvereinbarungen und andere besondere Instrumente des Vergaberechts (Osseforth)	
A. Einleitung	402
B. Rahmenvereinbarungen	402
C. Dynamisches Beschaffungssystem	439
D. Elektronische Auktion	443
E. Elektronischer Katalog	447
F. Planungswettbewerbe	450
G. Zentrale Beschaffungstätigkeit und -stellen	466
Kapitel 3 Bieter und Bewerber	
§ 14 Projektanten und ausgeschlossene Personen (König)	
A. Einleitung	477
B. Projektantenproblematik	478
C. Ausgeschlossene Personen	488
§ 15 Eignungsanforderungen (P. Braun)	
A. Einleitung	507
B. Die Eignungskriterien	508
C. Bewerber/Bieter	508
§ 16 Compliance, Selbstreinigung und Korruptionsprävention (P. Braun)	
A. Einleitung	523
B. Compliance	524
C. Korruptionsprävention in der Auftragsvergabe	525
D. Ausschluss vom Vergabeverfahren	529
E. Auftragsperre	546
F. Selbstreinigung	561
§ 17 Bietergemeinschaften (Gabriel)	
A. Einleitung	582
B. Der Rechtsrahmen für Bietergemeinschaften	583
C. Die kartellrechtliche Zulässigkeit der Bildung von Bietergemeinschaften	595
D. Angebotsstrategien mit Beteiligung von Bietergemeinschaften an der Grenze zur Wettbewerbsbeschränkung	606
E. Änderungen der Zusammensetzung und Bildung von Bietergemeinschaften im Verlauf eines Vergabeverfahrens	627
F. Die Prozessführungsbefugnis bei Bietergemeinschaften	640
§ 18 Unterauftragnehmer (Gabriel)	
A. Einleitung	655
B. Der Rechtsrahmen für Unterauftragnehmer	655
C. Erforderliche Erklärungen und Nachweise zum Unterauftragnehmereinsatz ...	662
D. Probleme im Zusammenhang mit dem Unterauftragnehmereinsatz	672

Kapitel 4 Auftragsgegenstand, Leistungsbeschreibung und Vergabeunterlagen

§ 19 Leistungsbeschreibung (Krohn)

A. Einleitung	702
B. Ermittlung des Beschaffungsbedarfs	703
C. Arten der Leistungsbeschreibung	704
D. Grundsätze der Leistungsbeschreibung	707
E. Inhalt der Leistungsbeschreibung	729
F. Barrierefreiheit und „Design für Alle“	747
G. Umweltschutzanforderungen und Nachhaltigkeit	750

§ 20 Vergabeunterlagen und Vertragsbedingungen (Ohlerich)

A. Einleitung	773
B. Bestandteile der Vergabeunterlagen	775
C. Eindeutigkeit und Auslegung der Vergabeunterlagen	804
D. Verhältnis zwischen Bekanntmachung und Vergabeunterlagen	805
E. Kostenersatz	807

§ 21 Öffentliches Preisrecht (Voll)

A. Einleitung	810
B. Rechtsquellen und Grundprinzipien des öffentlichen Preisrechts	811
C. Vorgaben der VO PR Nr. 30/53 und Leitsätze für die Preisermittlung auf Grund von Selbstkosten	816

§ 22 Nachhaltigkeit im Beschaffungswesen (Weiner)

A. Nachhaltigkeit im Beschaffungswesen	854
B. Grundlagen	855
C. Die Berücksichtigung von Nachhaltigkeitsaspekten bei der Beschaffung	859
D. Nachhaltigkeit in der Lieferkette öffentlicher Auftraggeber – Implikationen des Lieferkettensorgfaltspflichtengesetzes (LkSG)	873

Kapitel 5 Bekanntmachungen, Form- und Fristvorgaben

§ 23 Auftragsbekanntmachungen und andere Ex-ante-Veröffentlichungen (Ohlerich)

A. Einleitung	886
B. Auftragsbekanntmachung	887
C. Vorinformation	907
D. Freiwillige Bekanntmachungen	914
E. Beschafferprofil	916

§ 24 Bereitstellung und Versand von Vergabeunterlagen (von Wietersheim)

A. Einleitung	919
B. Elektronische Bereitstellung	920
C. Vorgaben für den Versand	922
D. Kostenerstattung bei Oberschwellenvergaben	925
E. Kostenerstattung für die Versendung nach VOB/A und UVgO	926
F. Rechtsfolgen verspäteter Versendung	927
G. Bereich Verteidigung und Sicherheit	927

§ 25 Fristen (von *Wietersheim*)

A. Einleitung	936
B. Grundlagen der Fristberechnung	937
C. VgV – allgemeine Vorschriften in Abschnitt 2	940
D. VgV – besondere Vorschriften der Abschnitte 3–6	949
E. VOB/A-EU	950
F. KonzVgV	957
G. Fristen im Sektorenbereich	958
H. Fristen im Verteidigungs- und Sicherheitsbereich	963
I. VOB/A Abschnitt 1	968
J. UVgO	972
K. RPW	973

§ 26 Form und Inhalt von Teilnahmeanträgen und Angeboten (*Haupt*)

A. Formerfordernisse	980
B. Notwendige Inhalte	985

Kapitel 6 Angebote und Wertung

§ 27 Angebotsöffnung (von *Wietersheim*)

A. Einleitung	999
B. VgV	1001
C. VOB/A-EU	1003
D. SektVO	1005
E. KonzVgV	1006
F. Bereich Verteidigung und Sicherheit	1006
G. VOB/A – Unterschwellenbereich	1007
H. UVgO	1010

§ 28 Nebenangebote (*Ohlerich*)

A. Einleitung	1015
B. Begriff	1016
C. Voraussetzungen für die Zulässigkeit von Nebenangeboten	1019
D. Wertung von Nebenangeboten	1032

§ 29 Formelle Angebotsprüfung (erste Wertungsstufe) (*Haupt*)

A. Einleitung	1042
B. Zwingende Ausschlussgründe	1045
C. Fakultative Ausschlussgründe	1066
D. Selbstreinigung	1084

§ 30 Eignungsprüfung (zweite Wertungsstufe) (*P. Braun*)

A. Einleitung	1107
B. Die Eignungskriterien	1107
C. Keine Vermengung von Eignungskriterien und Zuschlagskriterien	1109
D. Mindestanforderungen an die Eignung	1110
E. Bekanntmachung der Eignungskriterien und der Nachweisform	1110
F. Die Eignungsprüfung	1112
G. Eignungsnachweise	1117
H. Präqualifikationssysteme	1123
I. Einheitliche Europäische Eigenerklärung (EEE)	1127

Inhaltsübersicht

J. Zeitpunkt der Vorlage der geforderten Nachweise	1132
K. Erläuterung der Unterlagen	1134
L. Nachweis der Eignung durch andere geeignete Nachweise	1135

§ 31 Preisprüfung (dritte Wertungsstufe) (König)

A. Einleitung	1140
B. Bieterschützende Funktion	1143
C. Inhalt und Ablauf der Preisprüfung	1144

§ 32 Die Angebotswertung (vierte Wertungsstufe) (Mutschler-Siebert/Kern)

A. Einleitung	1176
B. Auswahl und Bekanntmachung der Zuschlagskriterien	1177
C. Auswahl und Bekanntmachung der Gewichtung und Wertungsmatrix	1200
D. Durchführung der Wertung	1211

Kapitel 7 Beendigung des Vergabeverfahrens

§ 33 Aufhebung (Conrad)

A. Einleitung	1217
B. Die Aufhebungstatbestände der VgV, der VSVgV, der UVgO, der VOL/A und der VOB/A	1226
C. Ermessensentscheidung des Auftraggebers	1246
D. Mitteilungspflichten	1248
E. Rechtsschutz gegen die Aufhebung	1250
F. Schadensersatz	1255

§ 34 Informations- und Wartepflicht (Conrad)

A. Einleitung	1261
B. Anwendungsbereich	1263
C. Informationspflicht	1266
D. Wartepflicht	1277
E. Ausnahmen	1281
F. Folgen eines Verstoßes	1282
G. § 19 EU Abs. 2 und 3 VOB/A, § 19 VS Abs. 2 und 3 VOB/A	1283
H. Informations- und Wartepflichten außerhalb von § 134 GWB	1283

§ 35 Zuschlagserteilung (Conrad)

A. Einleitung	1290
B. Wirksamkeit des Zuschlags	1291
C. Zeitpunkt des Zuschlags	1294
D. Form des Zuschlags	1295
E. Stellvertretung	1298

§ 36 Dokumentation, Information über nicht berücksichtigte Bewerbungen und Angebote und andere

Ex-post-Bekanntmachungs-, Melde- und Berichtspflichten (Conrad)

A. Einleitung	1306
B. Dokumentation und Vergabevermerk	1306
C. Mitteilung über nicht berücksichtigte Bewerbungen und Angebote	1319
D. Bekanntmachung der Auftragsvergabe	1328
E. Mitteilung über beabsichtigte beschränkte Ausschreibungen	1332
F. Melde- und Berichtspflichten; Vergabestatistik	1333

Kapitel 8 Rechtsfolgen von Vergaberechtsverstößen

§ 37 Kündigung in besonderen Fällen, Unwirksamkeit und Rückabwicklung (Freytag)

A. Einleitung	1341
B. Gesetzliche Sonderkündigungsrechte nach § 133 GWB	1342
C. Unwirksamkeitsgründe nach § 135 GWB	1351
D. Sonstige Unwirksamkeitsgründe	1371

§ 38 Schadensersatz (Freytag)

A. Einleitung	1376
B. Schadensersatz bei Rechtsmissbrauch gemäß § 180 GWB	1378
C. Anspruch auf Ersatz des Vertrauensschadens gemäß § 181 S. 1 GWB	1389
D. Weitergehende Schadensersatzansprüche, § 181 S. 2 GWB	1400

§ 39 Vertragsverletzungsverfahren (Freytag)

A. Einleitung	1412
B. Korrekturmechanismus der Kommission gemäß § 183 GWB	1413
C. Vertragsverletzungsverfahren durch die EU-Kommission gemäß Art. 258 AEUV	1416

Kapitel 9 Rechtsschutz

§ 40 Zuständigkeiten (Neun)

A. Einleitung	1435
B. EG-Rechtsmittel-Richtlinien	1436
C. Zuständigkeit für das Vergabenachprüfungsverfahren in erster Instanz	1438
D. Zuständigkeit der Oberlandesgerichte in zweiter Instanz	1441
E. Unterrichtungspflicht	1442

§ 41 Rechtswegkonzentration, Antragsbefugnis und Rügeobliegenheit (Neun)

A. Einleitung	1445
B. § 97 Abs. 6 GWB	1445
C. Rechtswegkonzentration	1447
D. Antragsbefugnis	1456
E. Rügeobliegenheit (§ 160 Abs. 3 GWB)	1461
F. Rechtsschutzbedürfnis	1470

§ 42 Nachprüfungsverfahren (Neun)

A. Einleitung	1474
B. Verfahrensgrundsätze	1474
C. Unzulässigkeit des Nachprüfungsantrags nach wirksam geschlossenem Vertrag	1477
D. Fortsetzungsfeststellungsverfahren	1482
E. Beiladung	1483
F. Akteneinsichtsrechte	1484
G. Befangenheit	1487
H. Nachprüfungsverfahren und Vergleiche der Beteiligten	1487

§ 43 Sofortige Beschwerde (Neun)

A. Einleitung	1491
B. Zulässigkeit	1491
C. Begründetheit: Prüfungsumfang und -maßstab	1493

Inhaltsübersicht

D. Verfahrensrecht	1493
E. Eilantrag gemäß § 173 Abs. 1 S. 3 GWB	1497
F. Rechtsmittel gegen Entscheidungen des Beschwerdegerichts?	1498
G. Bindungswirkung von Entscheidungen der Vergabekammern und -senate im Schadensersatzprozess	1499

§ 44 Vorabentscheidung über den Zuschlag (Neum)

A. Einleitung	1503
B. Prüfung und Übermittlung eines Nachprüfungsantrages zur Auslösung des Zuschlagsverbotes	1504
C. Folgen der Information des öffentlichen Auftraggebers über den Nachprüfungsantrag (mindestens in Textform)	1505
D. Vorabestattung des Zuschlags (§ 169 Abs. 2 GWB)	1506
E. Vorabentscheidung über den Zuschlag durch das Beschwerdegericht nach § 176 GWB	1508
F. Antrag auf weitere vorläufige Maßnahmen zum Eingriff in das Vergabeverfahren (§ 169 Abs. 3 GWB)	1510

§ 45 Vollstreckung von Entscheidungen (Neum)

A. Einleitung	1513
B. Vollstreckungsvoraussetzungen („Zulässigkeit des Verwaltungszwanges“)	1514
C. Verfahrensfragen	1516
D. Vollstreckung von Entscheidungen nach § 169 Abs. 3 GWB	1518
E. Vollstreckung von Entscheidungen des Beschwerdegerichts	1518
F. Keine Vollstreckung eines Feststellungstenors	1519

§ 46 Divergenzvorlagen an den BGH und Vorabentscheidungsersuchen an den EuGH (Neum)

A. Einleitung	1521
B. Divergenzvorlage zum Bundesgerichtshof	1522
C. Vorabentscheidungsersuchen zum Europäischen Gerichtshof	1524
D. Folgen pflichtwidrig unterlassener Vorlagen	1527

§ 47 Kosten und Gebühren (Neum)

A. Einleitung	1530
B. Gebühren und Auslagen der Vergabekammer	1530
C. Erstattungsfähigkeit von Aufwendungen der obsiegenden Beteiligten im erstinstanzlichen Verfahren	1533
D. Kostentragung und Aufwendererstattung in besonderen Fällen: Billigkeitsgründe	1535
E. Kosten des Beschwerdeverfahrens	1538
F. Höhe der Rechtsanwaltsvergütung	1540
G. Kostenfestsetzung	1542

Besonderer Teil

Kapitel 10 Wettbewerbsregister

§ 48 Wettbewerbsregistergesetz (Soudry)

A. Einleitung	1543
B. Eintragung von Rechtsverstößen	1544
C. Abfragepflichten und -rechte für Auftraggeber	1558
D. Folgen einer Eintragung	1559

E. Löschung einer Eintragung	1561
F. Rechtsschutz	1566
G. Grundsatz der elektronischen Kommunikation	1568
H. Entwurf eines Gesetzes zur Stärkung der Integrität in der Wirtschaft	1569

§ 49 Wettbewerbsregisterverordnung (Soudry)

A. Einleitung	1571
B. Abschnitt 1: Allgemeine Vorschriften für die elektronische Kommunikation ..	1572
C. Abschnitt 2: Besondere Vorschriften für die elektronische Kommunikation ...	1574
D. Abschnitt 3: Selbstreinigung	1577
E. Abschnitt 4: Datenschutz und Protokollierung	1579

Kapitel 11 Auftragsvergaben in den Bereichen Verkehr, Trinkwasser- und Energieversorgung (SektVO)

§ 50 Einleitung (Schulz)

A. Die SektVO als Sondervergaberecht der Energie-, Wasser- und Verkehrsversorgung	1581
B. Grundzüge der Regelungssystematik	1582
C. Freistellung vom Vergaberecht für bestimmte Sektorentätigkeiten	1584

§ 51 Anwendungsbereich (Schulz)

A. Einleitung	1586
B. Persönlicher Anwendungsbereich	1586
C. Sachlicher Anwendungsbereich	1587
D. Ausnahmetatbestände gemäß GWB	1591
E. Ausnahme für Sektorentätigkeiten, die unmittelbar dem Wettbewerb ausgesetzt sind	1592
F. Auftragsänderungen während der Vertragslaufzeit	1598
G. Auftraggeber nach dem Bundesberggesetz	1598

§ 52 Vergabeverfahrensarten (Besonderheiten) (Schulz)

A. Einleitung	1599
B. Freie Wahl der Vergabeverfahrensarten	1600
C. Die Vergabeverfahrensarten im Einzelnen	1602
D. Rahmenvereinbarungen	1611
E. Dynamische Beschaffungssysteme	1612
F. Elektronische Auktionen und Kataloge	1612

§ 53 Bieter und Bewerber (Besonderheiten) (Schulz)

A. Einleitung	1613
B. Auswahl der Unternehmen	1614
C. Ausschluss vom Vergabeverfahren	1618
D. Qualitätssicherungs- und Umweltmanagementnormen	1619
E. Qualifizierungssysteme	1620

§ 54 Leistungsbeschreibung und Vergabeunterlagen (Besonderheiten) (Schulz)

A. Vergabeunterlagen	1625
B. Anschreiben	1626
C. Bewerbungsbedingungen	1626
D. Vertragsunterlagen	1626
E. Leistungsbeschreibung	1627

§ 55 Bekanntmachungen, Form- und Fristvorgaben (Besonderheiten) (Schulz)

A. Einleitung	1633
B. Form und Inhalt der Bekanntmachungen	1633
C. Die Bekanntmachungen im Einzelnen	1634
D. Fristen	1637
E. Wege der Informationsübermittlung	1639

§ 56 Angebote, Wertung und Beendigung des Vergabeverfahrens (Besonderheiten) (Schulz)

A. Einleitung	1641
B. Behandlung der Angebote	1641
C. Ungewöhnlich niedrige Angebote	1644
D. Angebote die Waren aus Drittländern umfassen	1644
E. Zuschlagskriterien und Zuschlagserteilung	1645
F. Aufhebung und Einstellung des Vergabeverfahrens	1646
G. Grenzen der Informations- und Mitteilungspflichten	1647
H. Behandlung von Nebenangeboten	1647
I. Unteraufträge	1647
J. Dokumentation	1648

§ 57 Rechtsfolgen von Vergaberechtsverstößen und Rechtsschutz (Besonderheiten) (Schulz)

Kapitel 12 Auftragsvergaben in den Bereichen Verteidigung und Sicherheit (VSVgV, VOB/A VS)

§ 58 Einführung (Krohn)

A. Einleitung	1651
B. Entwicklung des Unionsrechts im Bereich Verteidigung und Sicherheit	1653
C. Umsetzung im deutschen Recht und weitere Entwicklungen	1656

§ 59 Anwendungsbereich (Krohn)

A. Einleitung	1659
B. Allgemeines zum Anwendungsbereich	1661
C. Aufträge im Bereich Verteidigung	1662
D. Sicherheitsspezifische Aufträge im zivilen Bereich	1668
E. Gemischte Aufträge	1671
F. Ausnahmen für den Verteidigungs- und Sicherheitsbereich	1672

§ 60 Vergabearten und sonstige Besonderheiten des Verfahrens (Krohn)

A. Einleitung	1706
B. Vergabearten	1706
C. Auswahl der Bieter	1714
D. Weitere Besonderheiten des Verfahrens	1718
E. Vergabe von Unteraufträgen	1722
F. Kompensationsgeschäfte (Offsets)	1739

§ 61 Informationssicherheit (Krohn)

A. Einleitung	1743
B. Maßnahmen, Anforderungen und Auflagen zum Verschlusssachenschutz	1746
C. Allgemeine Pflicht zur Vertraulichkeit	1758

§ 62 Versorgungssicherheit (Krohn)

A. Einleitung	1761
B. Begriff der Versorgungssicherheit	1762
C. Anforderungen an die Versorgungssicherheit (§ 8 VSVgV)	1763
D. Berücksichtigung der Versorgungssicherheit auf den einzelnen Verfahrensstufen	1769

**§ 63 Rechtsschutz bei Vergaben im Verteidigungs- und Sicherheitsbereich
(Besonderheiten) (Krohn)**

A. Einleitung	1773
B. EU-rechtliche Vorgaben	1774
C. Rechtsschutz im deutschen Recht	1777

Kapitel 13 Konzessionsvergabeverordnung (KonzVgV)

§ 64 Einleitung (C. Braun)

A. Einleitung	1798
B. Allgemeine Bestimmungen	1799
C. Schwellenwert, Berechnung des geschätzten Vertragswerts	1803

§ 65 Anwendungsbereich (C. Braun)

A. Begrifflichkeit	1807
B. Persönlicher Anwendungsbereich (§ 101 GWB)	1815
C. Sachlicher Anwendungsbereich	1817

§ 66 Verfahrensregeln zur Konzessionsvergabe (C. Braun)

A. Einleitung	1825
B. Vorherige Bekanntmachungspflicht	1826
C. Freie Verfahrensgestaltung	1827
D. Verfahrensgarantien und Umgehungsverbot	1829
E. Zulässige Vertragsänderungen und Bekanntmachungspflichten	1832
F. Umgehungsverbot	1833
G. Durchführung einer eVergabe	1834

**§ 67 Leistungsbeschreibung, Laufzeit, Vergabeunterlagen,
Auskünfte (C. Braun)**

A. Leistungsbeschreibung	1835
B. Laufzeit	1837
C. Vergabeunterlagen	1838

**§ 68 Bekanntmachung, Regeln zum Auswahlverfahren,
Fristen und Zuschlag (C. Braun)**

A. Einleitung	1839
B. Bekanntmachung	1839
C. Frist- und Formvorgaben	1840
D. Auswahl geeigneter Unternehmen (Besonderheiten)	1841
E. Zusätzliche Auskünfte zu den Vergabeunterlagen	1843
F. Bietergemeinschaften	1844
G. Unteraufträge	1844
H. Zuschlag und Zuschlagskriterien	1845
I. Unterrichtungspflicht	1847

Inhaltsübersicht

§ 69 Aufhebung; Dokumentation; Rechtsschutz (C. Braun)

A. Aufhebung des Vergabeverfahrens	1849
B. Dokumentation	1849
C. Rechtsschutz im Vergabeverfahren	1851

§ 70 Konzessionsvergabe unterhalb der Schwellenwerte und außerhalb des förmlichen Vergaberechts (C. Braun)

A. Baukonzession unterhalb der Schwellenwerte	1853
B. Dienstleistungskonzession unterhalb der Schwellenwerte	1855
C. Rechtsschutz außerhalb des förmlichen Vergaberechts	1856

Kapitel 14 Auftragsvergaben im Bereich Öffentlicher Personenverkehrsdienste auf Schiene und Straße (Verordnung (EG) Nr. 1370/2007)

§ 71 Einführung zur VO 1370/2007 (Otting/Olgemöller/Tresselt)

A. Einleitung	1861
B. Reichweite der unmittelbaren Anwendbarkeit seit dem 3.12.2009	1865
C. Vorgängerregelungen	1867
D. Entstehungsgeschichte	1869

§ 72 Anwendungsbereich (Otting/Olgemöller/Tresselt)

A. Einleitung	1872
B. Geltungsbereich: Öffentliche Personenverkehrsdienste auf Schiene und Straße ..	1873
C. Zuständige Behörde	1875
D. Betreiber	1876
E. Öffentlicher Dienstleistungsauftrag	1878

§ 73 Vergabe öffentlicher Dienstleistungsaufträge im Wettbewerb (Otting/Olgemöller/Tresselt)

A. Einleitung	1907
B. Vergaben nach Art. 5 Abs. 3 VO 1370/2007	1914

§ 74 Direktvergaben öffentlicher Dienstleistungsaufträge (Otting/Olgemöller/Tresselt)

A. Einleitung	1920
B. Direktvergaben von Eisenbahnverkehren	1922
C. Selbsterbringung und Vergabe an interne Betreiber	1926
D. Direktvergaben bei Kleinaufträgen	1935
E. Notmaßnahmen	1938

§ 75 Rechtsschutz (Besonderheiten) (Otting/Olgemöller/Tresselt)

A. Einleitung	1949
B. Rechtsschutz bei der Vergabe von Bus- und Straßenbahnverkehren	1949
C. Rechtsschutz bei der Vergabe von Eisenbahnverkehren	1950
D. Rechtsschutz gegen eine Auferlegung nach Art. 5 Abs. 5 VO 1370/2007	1951

Kapitel 15 Auftragsvergaben im Bereich der gesetzlichen Krankenversicherung: Krankenkassenausschreibungen (SGB V)

§ 76 Einführung (Gabriel)

A. Wettbewerb im System der gesetzlichen Krankenversicherung	1957
B. Gesetzgeberische Maßnahmen im Einzelnen	1958

§ 77 Anwendungsbereich (Gabriel)

A. Einleitung	1969
B. Anwendung des Vergaberechts	1969
C. Entsprechende Geltung des Kartellrechts	1976

§ 78 Vergaberechtlicher Rechtsschutz und Open-House-Verfahren (Gabriel)

A. Einleitung	1983
B. Primärrechtsschutz bei vergaberechtlichen Streitigkeiten im Bereich des SGB V	1984
C. Das Open-House-Verfahren	1987

§ 79 Hilfsmittelversorgungsverträge (Gabriel)

A. Einleitung	2010
B. Präqualifizierungsverfahren gemäß § 126 SGB V	2011
C. Hilfsmittelversorgungsverträge gemäß § 127 SGB V	2014

§ 80 Arzneimittelrabattverträge (Gabriel)

A. Einleitung	2040
B. Vergaberechtliche Grundkonzeption von Arzneimittelrabattverträgen gemäß § 130a Abs. 8 SGB V	2043
C. Ausschreibungsrelevante Besonderheiten bei Arzneimittelrabattverträgen betreffend Generika	2056
D. Ausschreibungsrelevante Besonderheiten bei Rabattverträgen betreffend (patentgeschützte) Originalpräparate	2083
E. Ausschreibungsrelevante Besonderheiten bei Rabattverträgen betreffend Verträge über Generika oder patentgeschützte Originalpräparate	2099
F. Ausschreibung von Rabattverträgen über biologisch/biotechnologisch hergestellte Arzneimittel	2109

§ 81 Rabattverträge über Fertigarzneimittel zur Herstellung parenteraler Zubereitungen in der Onkologie (Gabriel)

A. Einleitung	2115
B. Vergaberechtliche Grundkonzeption von Rabattverträgen über Fertigarzneimittel zur Herstellung parenteraler Zubereitungen gemäß § 130a Abs. 8c SGB V	2117
C. Ausschreibungsrelevante Besonderheiten bei Rabattverträgen über Fertigarzneimittel zur Herstellung parenteraler Zubereitungen gemäß § 130a Abs. 8c SGB V	2122
D. Sozialrechtliche Vorgaben für Preisvereinbarungen zwischen Krankenkassen und Apotheken betreffend Zubereitungen aus Fertigarzneimitteln	2126
E. Ausschreibung von Zytostatika-Versorgungsverträgen gemäß § 129 Abs. 5 S. 3 SGB V aF	2128

§ 82 Weitere ausschreibungsrelevante Versorgungsverträge (Gabriel)

A. Einleitung	2140
B. Impfstoffversorgungsverträge gemäß § 132e SGB V	2140
C. Verträge über besondere Versorgung gemäß § 140a SGB V	2140
D. Hausarztzentrierte Versorgungsverträge gemäß § 73b SGB V	2146

Kapitel 16 Binnenmarktrelevante Auswahlverfahren nach primärrechtlichen Verfahrensvorgaben (AEUV)

§ 83 Rechtliche Grundlagen (Gabriel)

A. Einleitung	2154
B. Grundfreiheitliche Vorgaben	2157
C. Allgemeine Grundsätze des europäischen Primärrechts	2166
D. EU-Beihilferecht	2168
E. Dokumente der EU-Kommission	2169
F. Anhang	2173

§ 84 Anwendungsbereich (Gabriel)

A. Einleitung	2196
B. Sachlicher Anwendungsbereich	2197
C. Persönlicher Anwendungsbereich	2221

§ 85 Beihilferechtliche Verfahrensvorgaben (Gabriel)

A. Einführung	2227
B. Beihilferechtliche Privatisierungsgrundsätze	2230

§ 86 Vorbereitung und Durchführung primärrechtlicher Bieterverfahren (Gabriel)

A. Einleitung	2239
B. Ablauf eines primärrechtlichen strukturierten Bieterverfahrens unter Berücksichtigung beihilferechtlicher Belange	2240

§ 87 Rechtsfolgen von Verstößen und Rechtsschutz (Besonderheiten) (Gabriel)

A. Einleitung	2259
B. Risiken der Nichtbeachtung von primärrechtlichen und beihilferechtlichen Verfahrensvorgaben	2260
C. Rechtsschutz	2263
D. Beihilferecht und Grundfreiheiten	2273

Kapitel 17 Europarechtliche Vorgaben für öffentliche Auftragsvergaben mit Drittstaatenbezug

§ 88 Die IPI-Verordnung (Conrad)

A. Einleitung	2277
B. Gegenstand und Anwendungsbereich	2279
C. Untersuchungen, Konsultationen, Maßnahmen und Verpflichtungen	2279

§ 89 Die Drittstaatensubventionsverordnung (Conrad)

A. Einleitung	2283
B. Melde- und Erklärungspflichten in Vergabeverfahren	2284
C. Vorprüfung und eingehende Prüfung durch die Kommission	2285
D. Auswirkungen der Prüfung auf das Vergabeverfahren	2286

§ 90 Weitere Unionsrechtsakte mit Bezug zum Vergaberecht (Conrad)

A. Die Verordnung über den Schutz der Union und ihrer Mitgliedstaaten vor wirtschaftlichem Zwang durch Drittländer	2289
B. Der Vorschlag für ein Binnenmarktnotfallinstrument	2290

Kapitel 18 Auftragsvergaben unterhalb der europäischen Schwellenwerte

§ 91 Einführung (Mertens/Bachmann)

A. Haushaltsrecht	2294
B. Einkauf nach einheitlichen Richtlinien	2294
C. Europäisches Primärrecht	2299

§ 92 Landesvergabegesetze (Mertens/Bachmann)

A. Baden-Württemberg	2304
B. Bayern	2310
C. Berlin	2317
D. Brandenburg	2322
E. Bremen	2329
F. Hamburg	2335
G. Hessen	2341
H. Mecklenburg-Vorpommern	2345
I. Niedersachsen	2351
J. Nordrhein-Westfalen	2355
K. Rheinland-Pfalz	2360
L. Saarland	2366
M. Sachsen	2369
N. Sachsen-Anhalt	2373
O. Schleswig-Holstein	2377
P. Thüringen	2382

§ 93 Rechtsschutz unterhalb der Schwellenwerte (Mertens/Bachmann)

A. Einleitung	2387
B. Rechts- und Fachaufsichtsbeschwerde	2388
C. Nachprüfungsstellen gem. § 21 VOB/A	2389
D. Einstweilige Verfügung	2389
E. Sekundärrechtsschutz	2393
F. Besondere landesrechtliche Rechtsschutzmöglichkeiten	2394
Sachverzeichnis	2399



beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

Inhaltsverzeichnis

Vorwort zur 4. Auflage	V
Vorwort zur 3. Auflage	VII
Vorwort zur 2. Auflage	IX
Vorwort zur 1. Auflage	XI
Bearbeiterverzeichnis	XIII
Inhaltsübersicht	XV
Verzeichnis der Abkürzungen und der abgekürzt zitierten Literatur	LXXXIII
Vorschriftenverzeichnis	CVII

Allgemeiner Teil

Kapitel 1 Grundlagen

§ 1 Grundsätze des Vergaberechts

A. Einleitung	6
B. Der Wettbewerbsgrundsatz, § 97 Abs. 1 GWB	8
I. Herleitung	8
1. Wettbewerb aus nationaler Sicht	8
2. Wettbewerb aus europäischer Sicht	9
II. Bedeutung für das deutsche Vergaberecht	10
III. Weniger Wettbewerb, mehr Wirtschaftlichkeit?	10
IV. Inhalt und Auswirkung auf das Vergabeverfahren	11
1. Vorrang formstrenger Verfahrensarten	12
2. Schaffung eines level playing field	12
3. Teilnehmerauswahl	13
4. Vorrang der Ausschreibung	13
5. Wahrung des Geheimwettbewerbs	13
C. Der Transparenzgrundsatz, § 97 Abs. 1 GWB	15
I. Herleitung	15
1. Transparenz aus nationaler Sicht	15
2. Transparenz aus europäischer Sicht	15
II. Bedeutung für das deutsche Vergaberecht	16
III. Inhalt und Auswirkung auf das Vergabeverfahren	16
1. Bekanntmachungspflichten	16
2. Nachprüfbarkeit	17
3. Dokumentation	17
4. Akteneinsicht	18
5. Informationspflichten	18
D. Der Wirtschaftlichkeitsgrundsatz, § 97 Abs. 1 S. 2 GWB	19
I. Herleitung	19
1. Wirtschaftlichkeit aus nationaler Sicht	19
2. Wirtschaftlichkeit aus europäischer Sicht	19
II. Bedeutung für das deutsche Vergaberecht	19
III. Inhalt und Auswirkungen auf das Vergabeverfahren	20
E. Der Verhältnismäßigkeitsgrundsatz, § 97 Abs. 1 S. 2 GWB	20
F. Der Gleichbehandlungsgrundsatz, § 97 Abs. 2 GWB	21
I. Herleitung	21

1. Gleichbehandlung aus nationaler Sicht	21
2. Gleichbehandlung aus europäischer Sicht	21
II. Bedeutung für das deutsche Vergaberecht	22
III. Inhalt und Auswirkungen auf das Vergabeverfahren	23
1. Informationen und Bekanntmachung	24
2. Nichtdiskriminierende Leistungsbeschreibung	24
3. Einheitliche Verfahrens- und Vergabebedingungen	24
4. Nichtdiskriminierende Eignungs- und Zuschlagskriterien	25
5. Verbot von Interessenkonflikten	25
6. Umgang mit Beihilfen	26
G. Die Berücksichtigung qualitativer, innovativer, sozialer und umweltbezogener Aspekte, § 97 Abs. 3 GWB	26
H. Die Berücksichtigung mittelständischer Interessen, § 97 Abs. 4 S. 1–3 GWB ..	27
I. Herleitung	27
1. Mittelstandsförderung aus nationaler Sicht	27
2. Mittelstandsförderung aus europäischer Sicht	28
II. Bedeutung für das deutsche Vergaberecht	29
III. Inhalt und Auswirkung auf das Vergabeverfahren	30
1. Grundsatz: Losweise Vergabe	30
2. Ausnahme: Gesamtvergabe	31
3. Weitere Formen der Berücksichtigung mittelständischer Interessen ..	32
4. Sonderfall: Loslimitierung	33
5. Sonderfall: Zusammenfassende Beschaffung	33
6. Unterauftragsvergabe	33
§ 2 Anwendungsbereich	
A. Einleitung	41
B. Anwendungsbereich des EU-Kartellvergaberechts gemäß §§ 97 ff. GWB, der Vergabe- und Vertragsordnung für Bauleistungen (VOB/A-EU und VOB/A-VS)	44
I. Anwendungsbereich der §§ 97 ff. GWB	44
1. Persönlicher Anwendungsbereich des Kartellvergaberechts	44
2. Sachlicher Anwendungsbereich des Kartellvergaberechts	46
3. Zeitlicher Anwendungsbereich: Übergangs- und Schlussbestimmungen des § 187 GWB	78
II. Anwendungsbereich der Vergabeverordnung – VgV	78
1. Ermächtigung zum Erlass der Vergabeverordnung, § 113 GWB	78
2. Systematik, Anwendungsbereich und Inhalt der VgV	79
III. Anwendungsbereich der Vergabe- und Vertragsordnung für Bauleistungen VOB/A, § 2 S. 2 VgV iVm § 1 VOB/A-EU	81
1. Persönlicher Anwendungsbereich der VOB/A-EU	81
2. Sachlicher Anwendungsbereich der VOB/A-EU	81
3. Zeitlicher Anwendungsbereich, § 23 VOB/A-EU aF	82
C. Anwendungsbereich des nationalen Vergaberechts	82
I. Persönlicher Anwendungsbereich: Nationaler Auftraggeberbegriff	83
II. Sachlicher Anwendungsbereich des nationalen Vergaberechts	83
III. Regelungen zum nationalen Vergabeverfahren im Unterschwellenbereich	83
1. Allgemeines	83
2. UVgO und VOB/A	84
D. Anwendungsbereich des 3. Abschnitts der VOB/A (VOB/A-VS)	86
E. Besonderheiten im Zusammenhang mit dem russischen Angriffskrieg auf die Ukraine	86

§ 3 Auftraggeber

A. Einleitung	90
B. Gebietskörperschaften und deren Sondervermögen (§ 99 Nr. 1 GWB)	91
I. Gebietskörperschaften	92
II. Sondervermögen der Gebietskörperschaften	92
C. Andere juristische Personen des öffentlichen und des privaten Rechts (§ 99 Nr. 2 GWB)	92
I. Überblick	92
II. Selbständige Rechtspersönlichkeit	93
1. Juristische Personen des öffentlichen Rechts	93
2. Juristische Personen des privaten Rechts	94
III. Gründung zu dem besonderen Zweck, im Allgemeininteresse liegende Aufgaben nichtgewerblicher Art zu erfüllen	94
1. Besonderer Gründungszweck	95
2. Im Allgemeininteresse liegende Aufgaben	96
3. Aufgaben nichtgewerblicher Art	97
4. Infizierungstheorie bei Mischfällen	99
IV. Besondere Staatsnähe	99
1. Überwiegende Finanzierung	100
2. Aufsicht über die Leitung	102
3. Bestimmung von mehr als der Hälfte der Mitglieder der zur Geschäftsführung oder zur Aufsicht berufenen Organe des Auftraggebers	103
4. Mittelbare Beherrschung	103
5. Einzelfälle	104
D. Verbände (§ 99 Nr. 3 GWB)	108
E. Staatlich subventionierte Auftraggeber (§ 99 Nr. 4 GWB)	108
F. Sektorenauftraggeber (§ 100 GWB)	109
I. Überblick	109
II. Sektorenauftraggeber aufgrund Gewährung besonderer oder ausschließlicher Rechte (§ 100 Abs. 1 Nr. 2 lit. a GWB)	111
III. Sektorenauftraggeber aufgrund von staatlichem Einfluss (§ 100 Abs. 1 Nr. 2 lit. b GWB)	112
G. Konzessionsgeber (§ 101 GWB)	113

§ 4 Öffentliche Aufträge

A. Einleitung	122
B. Öffentlicher Auftrag (§ 103 Abs. 1 GWB)	124
I. Vertrag	124
1. Auf Leistungsaustausch gerichteter Rechtsbindungswillen	124
2. Form	125
3. Öffentlich-rechtlicher Vertrag	125
4. Hoheitliche Handlungsformen und öffentliche Gewalt	126
5. Vertragsänderungen nach Vertragsschluss	127
6. Rahmenvereinbarungen	132
II. Entgelt	132
1. Grundsätze	132
2. Konzessionen	133
3. Vorteilsgewährung von Seiten Dritter	134
4. Verwaltungssponsoring	134
III. Beschaffungscharakter	135
1. Grundsätze	135

Inhaltsverzeichnis

2. Veräußerung von öffentlichen Gütern und städtebauliche Verträge ..	136
3. Veräußerung und Ankauf von Gesellschaftsanteilen	136
4. Zulassungsverfahren („Open-house“)	137
IV. Wirtschaftsteilnehmer als Vertragspartner	138
1. Grundsätze	138
2. Beihilfeempfänger als Vertragspartner	138
3. Inhouse-Betreiber als Vertragspartner	139
4. Interkommunale Kooperationen	139
5. Bevorzugte Bieter (§ 118 GWB)	140
C. Auftragsarten	140
I. Lieferaufträge (§ 103 Abs. 2 GWB)	141
II. Bauaufträge (§ 103 Abs. 3 GWB)	141
1. Ausführung mit oder ohne Planung	141
2. Bauleistungen durch den Auftragnehmer (Var. 1 und Var. 2)	142
3. Bauleistungen durch Dritte (Var. 3)	142
III. Dienstleistungsaufträge (§ 103 Abs. 4 GWB)	143
IV. Auslobungsverfahren (§ 103 Abs. 6 GWB)	143
D. Zuordnung von Aufträgen und Konzessionen	144
I. Gemischte Verträge	144
II. Teile unterfallen unterschiedlichen rechtlichen Regelungen (§ 111 GWB)	145
III. Teile umfassen verschiedene Tätigkeiten mit Sektorenbezug (§ 112 GWB)	146
§ 5 Elektronische Kommunikation	
A. Einleitung	161
I. Europäische Vorgaben/Zielsetzung	161
II. Umsetzung	162
B. Verpflichtende E-Vergabe	163
I. EU-weite Vergabeverfahren	163
II. Nationale Vergabeverfahren	164
1. Bauaufträge	164
2. Liefer- und Dienstleistungsaufträge	165
III. Elektronische Kommunikation in Vergabeverfahren	165
1. Ablauf im Vergabeprozess	165
IV. Anforderungen an elektronische Mittel im Vergabeverfahren und ihre Alternativen	174
1. Anforderungen an die Funktionalität der verwendeten elektronischen Mittel	175
2. Anforderungen an die Zugangsmöglichkeiten zu den elektronischen Mittel	176
3. Ausnahmen für den Einsatz alternativer elektronischer Mittel	177
V. Drittschutz im Rahmen der E-Vergabe	178
C. Verpflichtende E-Rechnung	178
I. Europäische Vorgaben/Zielsetzung	178
II. Umsetzung	179
III. Anforderungen/Inhalt	179
D. Fazit	180

§ 6 Besondere Auftragsvergaben: In-house-Geschäfte und staatliche Kooperationen

A. Einleitung	183
I. Dogmatischer Hintergrund	184
II. Erstmalige Kodifizierung durch die Vergaberechtsreform 2016	184
B. In-house-Geschäfte	185
I. In-house-Geschäft als Entwicklung der EuGH-Rechtsprechung	185
1. In-house-Geschäfte im engeren Sinn	186
2. In-house-Geschäfte im weiteren Sinn	186
II. Voraussetzungen vergaberechtsfreier In-house-Geschäfte im weiteren Sinn	186
1. Kontrollkriterium (§ 108 Abs. 1 Nr. 1 GWB)	187
2. Wesentlichkeitskriterium (§ 108 Abs. 1 Nr. 2 GWB)	192
3. Beteiligungskriterium (§ 108 Abs. 1 Nr. 3 GWB)	195
4. Inverse und horizontale In-house-Geschäfte	198
5. Auswirkungen auf Privatisierungen und Anteilsveräußerungen bei öffentlichen Unternehmen	199
C. Staatliche Kooperationen	201
I. Grundsätzliche Anwendbarkeit des Vergaberechts	201
II. Voraussetzungen vergaberechtsfreier Kooperationen	202
1. Kooperationspartner	203
2. Gegenstand der Kooperation	203
3. Keine Umgehung des Vergaberechts	211

§ 7 Soziale und andere besondere Dienstleistungen

A. Einleitung	214
B. Erfasste Dienstleistungen	216
I. Besondere Ausnahmen vom Anwendungsbereich	216
II. Die besonderen Dienstleistungen im Einzelnen	217
C. Vergaberechtliche Erleichterungen für soziale und andere besondere Dienstleistungen	218
I. Besondere Beschaffungsregelungen für Dienstleistungsaufträge	219
II. Die Vergabe von Konzessionen	222
III. Abweichendes Regelungskonzept für Selektivverträge und Modellvorhaben nach dem SGB V	222

§ 8 Schwellenwerte und Auftragswertberechnung

A. Einleitung	228
B. Anpassung der geltenden Schwellenwerte	230
C. Überblick über die geltenden Schwellenwerte	231
I. Die Schwellenwerte des Kartellvergaberechts	231
II. Schwellenwerte außerhalb des Kartellvergaberechts	231
D. Der Rahmen für die Schätzung des Auftragswertes	232
I. Maßgebliche Zeitpunkt für die Schätzung	232
II. Maßstab der Schätzung und Umgehungsverbot	233
III. Dokumentation	234
IV. Rechtsfolgen unterlassener oder fehlerhafter Schätzung	234
E. Schätzung bei Bauaufträgen	235
I. Ermittlung der Gesamtvergütung	236
II. Vom Auftraggeber zur Verfügung gestellte Dienst- und Lieferleistungen	236
III. Losweise Vergabe	237
1. 20 %-Kontingent	237

Inhaltsverzeichnis

2. Ausnahme vom 20 %-Kontingent	238
3. Abgrenzung zwischen Einzelauftrag und Los	239
4. Dokumentation der losweisen Vergabe	239
F. Schätzung bei Liefer- und Dienstleistungsaufträgen	240
G. Besondere Konstellationen	243
I. Daueraufträge	243
II. Rahmenvereinbarungen und dynamisches elektronisches Verfahren	244
III. Optionsrechte und Vertragsverlängerungen	244
IV. Vertragsänderungen	245
V. Planungswettbewerbe	245
VI. Innovationspartnerschaft	246
VII. Konzessionen	246

§ 9 Die Grundzüge vergaberechtlicher Einflüsse auf das Zuwendungsrecht

A. Einleitung	248
B. Die Verbindung des Zuwendungs- mit dem Vergaberecht	250
C. Der Widerruf des Zuwendungsbescheides wegen Verstoßes gegen das Vergaberecht	253
I. Objektiver Vergabefehler als Auflagenverstoß	253
II. Widerrufsfrist	255
III. Ermessen	256
IV. Rückforderung von Fördermitteln	261
D. Die Kontrolle der Mittelverwendung	261
I. Die Zuwendungsprüfung durch die Bewilligungsbehörde	261
II. Die Zuwendungsprüfung durch die Rechnungshöfe	262
E. Rechtsschutz des Zuwendungsempfängers gegen Widerruf und Rückforderung	264
F. Die weitere Entwicklung des Zuwendungsrechts	265

Kapitel 2 Vergabeverfahrensarten

§ 10 Offenes Verfahren, nicht offenes Verfahren, Verhandlungsverfahren

A. Einleitung	275
B. Wahl der richtigen Vergabeverfahrensart	277
I. Rechtsrahmen	277
II. Hierarchie der Verfahrensarten	277
III. Rechtsfolgen bei Wahl der falschen Verfahrensart	279
C. Die einzelnen Vergabeverfahrensarten	280
I. Offenes Verfahren	280
1. Allgemeines	280
2. Zulässigkeit des offenen Verfahrens	281
3. Ablauf des offenen Verfahrens	281
II. Nicht offenes Verfahren	283
1. Allgemeines	283
2. Zulässigkeit des nicht offenen Verfahrens	284
3. Ablauf des nicht offenen Verfahrens	284
III. Verhandlungsverfahren mit Teilnahmewettbewerb	286
1. Allgemeines	286
2. Zulässigkeit des Verhandlungsverfahrens mit Teilnahmewettbewerb	287
3. Ablauf des Verhandlungsverfahrens mit Teilnahmewettbewerb	290
IV. Verhandlungsverfahren ohne Teilnahmewettbewerb	296
1. Allgemeines	296
2. Zulässigkeit des Verhandlungsverfahrens ohne Teilnahmewettbewerb	296
3. Ablauf des Verhandlungsverfahrens ohne Teilnahmewettbewerb	309

**§ 11 Öffentliche Ausschreibung, beschränkte Ausschreibung,
freihändige Vergabe**

A. Einleitung	311
B. Wahl der richtigen Vergabeverfahrensart	312
I. Rechtsrahmen	312
II. Hierarchie der Verfahrensarten	314
III. Rechtsfolgen bei Wahl der falschen Verfahrensart	315
C. Die einzelnen Vergabeverfahrensarten	318
I. Öffentliche Ausschreibung	318
1. Allgemeines	318
2. Zulässigkeit der öffentlichen Ausschreibung	318
3. Ablauf der öffentlichen Ausschreibung	318
II. Beschränkte Ausschreibung mit oder ohne Teilnahmewettbewerb	319
1. Allgemeines	319
2. Zulässigkeit der beschränkten Ausschreibung mit Teilnahmewettbewerb	319
3. Zulässigkeit der beschränkten Ausschreibung ohne Teilnahmewettbewerb	319
4. Ablauf der beschränkten Ausschreibung	323
III. Freihändige Vergabe/Verhandlungsvergabe	324
1. Allgemeines	324
2. Zulässigkeit der freihändigen Vergabe/Verhandlungsvergabe	324
3. Ablauf der freihändigen Vergabe/Verhandlungsvergabe	330
IV. Direktvergabe (§ 3a Abs. 4 VOB/A, § 14 UVgO)	331

§ 12 Wettbewerblcher Dialog und Innovationspartnerschaft

A. Wettbewerblcher Dialog	346
I. Einleitung	346
II. Zulässigkeit des Wettbewerblchen Dialogs	348
1. Persönlicher Anwendungsbereich	348
2. Sachlicher Anwendungsbereich	348
3. Anwendung des Wettbewerblchen Dialogs in besonderen Bereichen	352
III. Ablauf des Wettbewerblchen Dialogs	355
1. Teilnahmewettbewerb	355
2. Dialogphase	359
3. Angebotsphase	369
B. Innovationspartnerschaft	375
I. Einleitung	375
II. Anwendungsbereich der Innovationspartnerschaft	376
III. Zulässigkeit der Innovationspartnerschaft	376
IV. Auswahl des Partners/der Partner	377
1. Teilnahmewettbewerb	377
2. Verhandlungen und Zuschlagsentscheidung	379
V. Durchführung der Innovationspartnerschaft	380
1. Strukturierung und Ablauf der Innovationspartnerschaft	381
2. Vergütung der Partner	382
3. Erwerb der innovativen Liefer-, Bau – oder Dienstleistung	382

**§ 13 Rahmenvereinbarungen und andere besondere Instrumente
des Vergaberechts**

A. Einleitung	402
B. Rahmenvereinbarungen	402

I. Definition	404
II. Rahmenvertragspartner	406
1. Auf Beschaffenseite	406
2. Auf Auftragnehmerseite	409
III. Arten von Rahmenvereinbarungen	410
1. Abschließende Ein-Partner-Rahmenvereinbarung	411
2. Flexible Ein-Partner-Rahmenvereinbarung	412
3. Abschließende Mehrfach-Rahmenvereinbarungen	413
4. Flexible Mehrfach-Rahmenvereinbarungen	413
IV. Das zu ermittelnde Auftragsvolumen	414
1. Relevanz für das Erreichen des Schwellenwerts	416
2. Das Höchstabrufvolumen	418
V. Besondere Anforderungen an Rahmenvereinbarungen	422
1. Vergaberechtsregime	422
2. Verpflichtungen aus der Rahmenvereinbarung	423
3. Missbrauchsverbot	423
4. Festlegung der Bedingungen	427
5. Auswahlverfahren	428
6. Laufzeit der Rahmenvereinbarung	431
VI. Anforderungen an Einzelaufträge	433
1. Abschließende Ein-Partner-Rahmenvereinbarung	433
2. Flexible Ein-Partner-Rahmenvereinbarung	433
3. Abschließende Mehrfach-Rahmenvereinbarungen	434
4. Flexible Mehrfach-Rahmenvereinbarungen	434
5. Kleinstwettbewerb	435
6. Laufzeit der Einzelaufträge	437
VII. Unterschwellenbereich	437
VIII. Vergabestatistikverordnung	438
C. Dynamisches Beschaffungssystem	439
I. Definition	439
II. Anwendungsbereich	439
III. Vergaberechtsregime	441
IV. Betrieb eines dynamischen Beschaffungssystems	441
V. Fristen beim dynamischen Beschaffungssystem	442
VI. Unterschwellenbereich	442
1. VOL/A 2009	442
2. UVgO	443
VII. Vergabestatistikverordnung	443
D. Elektronische Auktion	443
I. Definition	443
II. Anwendungsbereich	444
III. Vergaberechtsregime	444
IV. Durchführung elektronischer Auktionen	444
V. Unterschwellenbereich	446
VI. Vergabestatistikverordnung	447
E. Elektronischer Katalog	447
I. Definition	447
II. Anwendungsbereich	447
III. Vergaberechtsregime	448
IV. Verwendung elektronischer Kataloge	448
1. Bekanntmachung	449
2. Erstellung elektronischer Kataloge	449

3. Elektronische Kataloge im Zusammenhang mit Rahmenvereinbarungen	449
V. Unterschwellenbereich	450
F. Planungswettbewerbe	450
I. Definitionen	450
II. Gegenstand von Planungswettbewerben	450
1. Planungswettbewerbe für Architekten- und Ingenieurleistungen	452
2. Sonstige Planungswettbewerbe	455
III. Durchführung eines Planungswettbewerbs, § 69 Abs. 2 VgV	456
1. Wettbewerbsbekanntmachung	457
2. Wettbewerbsart	458
3. Das Preisgericht, § 72 VgV	460
4. Vergütung	462
5. Aufhebung eines Planungswettbewerbs	463
6. Rechtsschutz im Rahmen eines Planungswettbewerbs	464
IV. Verhandlungsverfahren	465
G. Zentrale Beschaffungstätigkeit und -stellen	466
I. Definitionen	466
1. Zentrale Beschaffungsstelle	466
2. Zentrale Beschaffungstätigkeiten	467
3. Nebenbeschaffungstätigkeiten	467
4. Beschaffungsdienstleister	467
II. Zentrale Beschaffungstätigkeiten und -stellen	467
III. Nebenbeschaffungstätigkeiten	468
1. Nebenbeschaffungstätigkeiten durch einen öffentlichen Auftraggeber	468
2. Nebenbeschaffungstätigkeiten durch eine privatrechtliche Stelle	468

Kapitel 3 Bieter und Bewerber

§ 14 Projektanten und ausgeschlossene Personen

A. Einleitung	477
B. Projektantenproblematik	478
I. Vorgaben des EuGH	478
II. Umsetzung im deutschen Vergaberecht	478
III. Vorbefastheit	479
1. Beratung oder anderweitige Beteiligung an der Vorbereitung des Vergabeverfahrens	480
2. Ausweitung des Projektantenbegriffs	481
3. Wechsel von Wissensträgern vom Auftraggeber zum Bieter	482
IV. Rechtsfolgen für den Auftraggeber	483
1. Prüfung des Vorliegens eines Wettbewerbsvorteils	483
2. Pflicht des Auftraggebers zur Egalisierung des Wettbewerbsvorteils ..	485
3. Ausschluss des vorbefassten Unternehmens als ultima ratio	486
V. Maßnahmen vorbefasster Unternehmen zur Risikominimierung	486
1. Kooperation mit dem Auftraggeber	486
2. Interne Vorkehrungen des Projektanten	487
C. Ausgeschlossene Personen	488
I. Normstruktur und Regelungssystematik	488
II. Bestehen eines Interessenkonflikts (§ 6 Abs. 2 VgV)	489
III. Widerlegliche Vermutung eines Interessenkonflikts gemäß § 6 Abs. 3 Nr. 1 und 2 VgV	490
IV. Widerlegliche Vermutung eines Interessenkonflikts gemäß § 6 Abs. 3 Nr. 3 VgV	492

1. Tatbestandsvoraussetzungen	492
2. Widerlegung der Vermutung	493
V. Nicht ausdrücklich erfasste Konstellationen	495
VI. Mitwirkungsverbot	496
VII. Rechtsfolgen bei Verletzung des § 6 VgV	498
§ 15 Eignungsanforderungen	
A. Einleitung	507
B. Die Eignungskriterien	508
C. Bewerber/Bieter	508
I. Unternehmen	508
II. Beihilfeempfänger	509
III. Keine Beschränkung auf den örtlichen Markt	510
IV. Die öffentliche Hand als Bieter	511
V. Gewerbsmäßige Ausführung von Leistungen der ausgeschriebenen Art ..	513
VI. Einrichtungen ohne Gewinnerzielungsabsicht	515
VII. Bevorzugte Vergabe an Werkstätten für Behinderte	515
§ 16 Compliance, Selbstreinigung und Korruptionsprävention	
A. Einleitung	523
B. Compliance	524
C. Korruptionsprävention in der Auftragsvergabe	525
I. Transparenz der Verfahren	526
II. Organisatorische Kontrollmechanismen	527
III. Personelle Maßnahmen	527
IV. Trennung zwischen Fachabteilung und Beschaffungsstelle	528
V. Geeignetes Personal in der Vergabestelle	528
VI. Erarbeitung einer Beschaffungsrichtlinie	529
D. Ausschluss vom Vergabeverfahren	529
I. Fakultativer Ausschluss	529
II. Zwingender Ausschluss	542
III. Ausschluss aufgrund der Sanktionsverordnung (EU) 2022/576	544
E. Auftragsperre	546
I. Voraussetzungen einer Auftragsperre	546
II. Wettbewerbsregister	547
III. Korruptionsregister der Länder	549
IV. Zulässiger Zeitraum für Ausschluss	552
V. Rechtsschutz	553
VI. Internationale Beispiele von Auftragsperren	554
1. Europäische Union	554
2. Weltbank	558
3. Koordination der Vergabesperren (cross-debarment)	560
F. Selbstreinigung	561
I. Rechtsgrundlage	561
II. Anwendungsbereich der Selbstreinigung	563
III. Voraussetzungen der Selbstreinigung	565
1. Wiedergutmachung des Schadens	565
2. Aufklärung des Sachverhalts	566
3. Organisatorische und Personelle Maßnahmen	569
IV. Bewertung der Selbstreinigung	571
1. Grundsätzliches	571
2. Ablehnende Entscheidung	572
V. Rechtliche Folgen der Selbstreinigung	573

§ 17 Bietergemeinschaften

A. Einleitung	582
B. Der Rechtsrahmen für Bietergemeinschaften	583
I. Europarechtliche vergaberechtliche Vorgaben	583
II. Nationale vergaberechtliche Vorgaben	585
1. Grundsätzliche Zulässigkeit von Bietergemeinschaften	585
2. Die Rechtsnatur der Bietergemeinschaft	587
3. Eignungsnachweise	588
4. Vollmachtsnachweise	592
5. Benennung der Mitglieder	594
6. Auftragsausführung	594
C. Die kartellrechtliche Zulässigkeit der Bildung von Bietergemeinschaften	595
I. Die kartellrechtlichen Vorgaben	595
II. Die vergaberechtlichen Auswirkungen	596
III. Die maßgebliche Rechtsprechung	597
1. Grundsätze und frühere ständige Rechtsprechung	598
2. Strengerer Ansatz des KG und des OLG Düsseldorf	600
3. Reaktionen und Konkretisierungen der jüngeren Rechtsprechung ..	602
4. Bietergemeinschaften aus konzernverbundenen Unternehmen	604
D. Angebotsstrategien mit Beteiligung von Bietergemeinschaften an der Grenze zur Wettbewerbsbeschränkung	606
I. Doppel- und Mehrfachbeteiligungen	606
1. Unzulässige Mehrfachbewerbung für dieselbe Leistung	606
2. Zulässige Mehrfachbewerbung für denselben Leistungsanteil bei Losvergaben	609
II. Beteiligung als Einzelbieter und Nachunternehmer, „verdeckte“ und „gescheiterte“ Bietergemeinschaft	610
III. Beteiligung konzernverbundener Unternehmen	612
1. Keine grundsätzliche Vermutung der Unzulässigkeit nach europäischer Rechtsprechung	612
2. Maßstab für die Einhaltung des Geheimwettbewerbs	614
3. Sonderfall: „Spätere“ Konzernverbundenheit	626
E. Änderungen der Zusammensetzung und Bildung von Bietergemeinschaften im Verlauf eines Vergabeverfahrens	627
I. Verfahren ohne Teilnahmewettbewerb	627
II. Verfahren mit Teilnahmewettbewerb	630
III. Besonderheiten im Verhandlungsverfahren	634
IV. Erneute Eignungsprüfung	634
V. Eröffnung des Insolvenzverfahrens über das Vermögen eines Bietergemeinschaftsmitglieds	635
VI. Änderungen im Gesellschafterbestand und Umwandlungen eines Bietergemeinschaftsmitglieds	637
VII. Vergaberechtliche Auswirkungen von Änderungen der Zusammensetzung von Bietergemeinschaften nach Zuschlagserteilung ..	638
F. Die Prozessführungsbefugnis bei Bietergemeinschaften	640
I. Die Antragsbefugnis in Nachprüfungsverfahren	640
1. Antragsbefugnis grundsätzlich nur für die Bietergemeinschaft, nicht für die einzelnen Mitglieder	640
2. Antragsbefugnis einzelner Bietergemeinschaftsmitglieder über das Institut der „gewillkürten“ Verfahrens- bzw. Prozessstandschaft	643
II. Die Rügebefugnis	645

III. Vereinbarungen zur Rüge- und Prozessführungsbefugnis	647
IV. Sekundärrechtsschutz	648
§ 18 Unterauftragnehmer	
A. Einleitung	655
B. Der Rechtsrahmen für Unterauftragnehmer	655
I. Normen	655
II. Definition	656
1. Abgrenzung zur Zurechnung von Eignungsnachweisen (Eignungsleihe)	657
2. Abgrenzung zu Zulieferern und sonstigen Dritten	660
C. Erforderliche Erklärungen und Nachweise zum Unterauftragnehmereinsatz ...	662
I. Absichtserklärung	663
II. Unterauftragnehmerbenennung und Verfügbarkeitsnachweis	664
III. Eignungsnachweise des Unterauftragnehmers	667
D. Probleme im Zusammenhang mit dem Unterauftragnehmereinsatz	672
I. Das Gebot der Selbstausführung	672
1. Die frühere Rechtslage	672
2. Die Rechtslage nach dem ÖPP-Beschleunigungsgesetz 2006 und der Vergaberechtsreform 2016	673
II. Mehrfachbeteiligungen	677
1. Beteiligung eines Unternehmens als Bieter und Unterauftragnehmer ..	678
2. Beteiligung als Unterauftragnehmer mehrerer Bieter	678
3. Überkreuzbeteiligung	678
4. Unterlassene Beteiligung als Bieter	680
III. Austausch von Unterauftragnehmern	680
1. Austausch auf Betreiben eines Unternehmens	680
2. Austausch auf Betreiben des öffentlichen Auftraggebers	682
Kapitel 4 Auftragsgegenstand, Leistungsbeschreibung und Vergabeunterlagen	
§ 19 Leistungsbeschreibung	
A. Einleitung	702
B. Ermittlung des Beschaffungsbedarfs	703
C. Arten der Leistungsbeschreibung	704
I. Konstruktive Leistungsbeschreibung	704
II. Funktionale Leistungsbeschreibung	705
III. Rangverhältnis	706
D. Grundsätze der Leistungsbeschreibung	707
I. Bestimmungsrecht des Auftraggebers	707
II. Auslegung der Leistungsbeschreibung	707
III. Eindeutige und erschöpfende Beschreibung	708
1. Grundsatz	708
2. Sonderfälle	711
3. Offenhalten von Wahlmöglichkeiten des Auftraggebers	713
IV. Verbot ungewöhnlicher Wagnisse bzw. unzumutbarer Kalkulationsrisiken	715
V. Grundsatz der Produktneutralität	717
1. Ausnahme bei sachlicher Rechtfertigung	718
2. Vorgabe von Leitfabrikaten	725
VI. Änderungen der Leistungsbeschreibung	727
E. Inhalt der Leistungsbeschreibung	729
I. Allgemeines	729
II. Auftragsbezug der Merkmale	730

III. Technische Anforderungen bzw. Spezifikationen	731
1. Begriff	731
2. Bezugnahme auf Normen und andere technische Regelwerke	735
IV. Konformitätsnachweis durch Bescheinigungen und Gütezeichen	738
1. Nachweis durch Konformitätsbescheinigungen und Zertifikate akkreditierter Prüfstellen	739
2. Nachweis durch Gütezeichen	741
F. Barrierefreiheit und „Design für Alle“	747
I. Allgemein	747
II. Nutzung durch natürliche Personen	748
III. Zugänglichkeitskriterien im Einzelnen	748
IV. Grenzen und Ausnahmen	749
G. Umweltschutzanforderungen und Nachhaltigkeit	750
I. Umweltschutzanforderungen in der Leistungsbeschreibung	750
1. Umwelt- und Nachhaltigkeitsanforderungen als Teil der technischen Anforderungen	751
2. Umwelt- und Nachhaltigkeitsanforderungen als besondere Ausführungsbedingungen	755
II. Vorgaben zur Energieeffizienz	755
1. Anwendungsbereich: „Energieverbrauchsrelevante“ Güter	756
2. Anforderung des höchsten Energieeffizienz-Niveaus	757
3. Bieterschützende Vorschrift	758
III. Vorgaben zur Beschaffung von sauberen Straßenfahrzeugen	758
1. Regelungskonzept des SaubFahrzeugBeschG	759
2. Anwendungsbereich	760
3. Zielquoten für saubere Fahrzeuge	760
4. Kontrolle und Bieterschutz	761
§ 20 Vergabeunterlagen und Vertragsbedingungen	
A. Einleitung	773
B. Bestandteile der Vergabeunterlagen	775
I. Anschreiben und Bewerbungsbedingungen bzw. Teilnahmebedingungen	775
1. Begriffe	775
2. Inhalt	776
II. Vertragsunterlagen	786
1. Leistungsbeschreibung	786
2. Vertragsbedingungen	786
3. Ausführungsbedingungen	794
III. Weitere mögliche Bestandteile	800
1. Liste der geforderten Nachweise bzw. Angabe der einzureichenden Unterlagen	800
2. Formulare für die Angebotserstellung	802
3. Antworten auf Bieterfragen und sonstige Bieterinformationen	802
4. Insbesondere: Änderung von Vergabeunterlagen	803
IV. Sonderfall: Aufforderung zur Interessensbestätigung	803
C. Eindeutigkeit und Auslegung der Vergabeunterlagen	804
D. Verhältnis zwischen Bekanntmachung und Vergabeunterlagen	805
E. Kostenersatz	807
I. Bereitstellung und Kostenersatz für Vergabeunterlagen	807
II. Kostenersatz für die Angebotserarbeitung	808

§ 21 Öffentliches Preisrecht

A. Einleitung	810
B. Rechtsquellen und Grundprinzipien des öffentlichen Preisrechts	811
I. Rechtsquellen	811
II. Prinzipien des öffentlichen Preisrechts	813
1. Marktpreismvorrang	813
2. Festpreismvorrang	813
3. HöchstmPreisprinzip	814
C. Vorgaben der VO PR Nr. 30/53 und Leitsätze für die Preisermittlung auf Grund von Selbstkosten	816
I. Anwendungsbereich der VO PR Nr. 30/53	816
1. Begriff des Auftrags	816
2. Persönlicher Anwendungsbereich	817
3. Auftragnehmer	818
4. Befreiungsmöglichkeit für erwerbswirtschaftlich tätige öffentliche Auftraggeber	818
5. Fakultative Anwendung auf Nachunternehmerleistungen	819
6. Verhältnis zu anderen preisrechtlichen Regelungen	820
II. Preistypen und ihre Zulässigkeit nach der VO PR Nr. 30/53	820
1. Allgemeines	820
2. Marktpreise	822
3. Selbstkostenpreise	830
III. Ermittlung des Selbstkostenpreises nach LSP und Rechtsprechung	832
1. Allgemeine Anforderungen an Auftragnehmer	833
2. Grundsätze der Preisermittlung	833
3. Bestandteile des Selbstkostenpreises	833
IV. Preisaufsicht und Preisprüfung	835
1. Preisprüfungsrecht der Preisüberwachungsstellen	836
2. Feststellungsrechte nach § 10 VO PR Nr. 30/53	840
3. Prüfungsrecht des Bundesamtes für Ausrüstung, Informationstechnik und Nutzung der Bundeswehr	840
V. Preisvorbehalte	840
1. Zulässigkeit von Preisvorbehalten	840
2. Insbesondere: Preisgleitklauseln	842
VI. Gültigkeit und Relevanz der VO PR Nr. 30/53	844
1. Verfassungsmäßigkeit	844
2. Fortbestehende Relevanz	845
VII. Rechtsfolgen von Verstößen	846

§ 22 Nachhaltigkeit im Beschaffungswesen

A. Nachhaltigkeit im Beschaffungswesen	854
B. Grundlagen	855
I. Begrifflichkeiten	855
II. Historie	856
III. Nachhaltige Beschaffung – ein weltweiter Trend	858
C. Die Berücksichtigung von Nachhaltigkeitsaspekten bei der Beschaffung	859
I. Rechtsgrundlagen	860
1. Europäische Ebene	860
2. Nationale Ebene	863
II. Berücksichtigung ökologischer Erwägungen bei der Ausschreibungsgestaltung (Green Procurement)	865
1. Auswahl des Auftragsgegenstands	865

2. Leistungsbeschreibung	866
3. Eignungskriterien	868
4. Zuschlagskriterien	868
5. Auftragsausführungsbedingungen	870
III. Berücksichtigung von sozialen Aspekten bei der Ausschreibungsgestaltung (Social Procurement)	871
1. Auswahl des Auftragsgegenstands	871
2. Leistungsbeschreibung	872
3. Eignungskriterien	872
4. Zuschlagskriterien	872
5. Ausführungsbedingungen	873
D. Nachhaltigkeit in der Lieferkette öffentlicher Auftraggeber – Implikationen des Lieferkettensorgfaltspflichtengesetzes (LkSG)	873
1. Anwendbarkeit des LkSG auf öffentliche Auftraggeber	874
2. Sorgfaltspflichten nach dem LkSG	877

Kapitel 5 Bekanntmachungen, Form- und Fristvorgaben

§ 23 Auftragsbekanntmachungen und andere Ex-ante-Veröffentlichungen

A. Einleitung	886
B. Auftragsbekanntmachung	887
I. Allgemeines	887
II. Bekanntmachungspflicht	889
III. EU-weite Bekanntmachung	890
1. Bekanntmachungsinhalt	890
2. Veröffentlichung im EU-Amtsblatt	899
3. Parallele Veröffentlichung im Inland	902
4. Rechtsfolgen einer fehlenden Auftragsbekanntmachung	902
IV. Bekanntmachung auf nationaler Ebene	903
1. Anwendungsbereich	903
2. Bekanntmachungsinhalt	903
3. Veröffentlichung	906
V. Auslegung von Bekanntmachungen	907
C. Vorinformation	907
I. Allgemeines	907
II. Anwendungsbereich und Erforderlichkeit einer Vorinformation	908
III. Erstellung der Vorinformation	909
IV. Veröffentlichung der Vorinformation	911
V. Rechtsfolgen einer Vorinformation	913
D. Freiwillige Bekanntmachungen	914
I. Freiwillige Auftragsbekanntmachung trotz fehlender Bekanntmachungspflicht	914
II. Freiwillige Ex-ante-Transparenzbekanntmachung	915
E. Beschafferprofil	916

§ 24 Bereitstellung und Versand von Vergabeunterlagen

A. Einleitung	919
B. Elektronische Bereitstellung	920
I. VgV, VOB/A-EU, SektVO	920
1. Bereitstellung im Regelfall	920
2. Bereitstellung auf anderem Weg	920
3. Maßnahmen zum Schutz von Vertraulichkeit	921
II. KonzVgV	921

Inhaltsverzeichnis

III. Verteidigung- und sicherheitsrelevante Vergaben	921
IV. Unterschwellenbereich	922
C. Vorgaben für den Versand	922
I. Oberschwellenvergaben	922
1. Vorgaben der RL 2014/24/EU	922
2. VgV – Abschnitt 2	922
3. VgV – Abschnitte 3, 5 und 6	923
4. KonzVgV und SektVO	923
5. VOB/A-EU	923
II. Unterschwellenvergaben	924
1. VOB/A	924
2. UVgO	925
D. Kostenerstattung bei Oberschwellenvergaben	925
E. Kostenerstattung für die Versendung nach VOB/A und UVgO	926
I. VOB/A	926
1. Versendung erst nach Zahlung	926
2. Möglichkeit der Kostenerstattung	926
3. Höhe der Kostenerstattung	927
II. UVgO	927
F. Rechtsfolgen verspäteter Versendung	927
G. Bereich Verteidigung und Sicherheit	927
I. VSVgV	927
II. VOB/A-VS	928

§ 25 Fristen

A. Einleitung	936
B. Grundlagen der Fristberechnung	937
I. FristenVO als gemeinsame G7rundlage	937
II. Abgrenzung Tag – Kalendertag – Werktag – Arbeitstag	937
III. Beginn und Ende von Fristen	937
1. Beginn	937
2. Ende	938
IV. Definitionen	938
1. Bewerbungsfrist oder Teilnahmefrist	938
2. Angebotsfrist	939
3. Bindefrist	939
V. Angemessenheit von Fristen	939
C. VgV – allgemeine Vorschriften in Abschnitt 2	940
I. Offenes Verfahren	941
1. Angebotsfrist	941
2. Bindefrist	944
II. Nicht offenes Verfahren	944
1. Bewerbungsfrist	944
2. Angebotsfrist	945
3. Bindefrist	946
III. Verhandlungsverfahren mit Teilnahmewettbewerb	947
1. Bewerbungsfrist	947
2. Angebotsfrist	947
3. Bindefrist	947
IV. Verhandlungsverfahren ohne Teilnahmewettbewerb	948
V. Wettbewerblicher Dialog	948
VI. Innovationspartnerschaft	948
VII. Dynamisches Beschaffungssystem	949

VIII. Elektronische Auktion	949
IX. Elektronische Kataloge	949
D. VgV – besondere Vorschriften der Abschnitte 3–6	949
I. Allgemeine Grundsätze	949
II. Vergabe von sozialen und anderen besonderen Dienstleistungen iSd §§ 64 ff. VgV	950
III. Durchführung von Wettbewerben iSd §§ 69 ff. VgV und §§ 78 ff. VgV ..	950
IV. Vergabe von Architekten- und Ingenieurleistungen iSd §§ 73 ff. VgV ...	950
E. VOB/A-EU	950
I. Allgemeine Grundsätze	950
II. Offenes Verfahren	952
1. Angebotsfrist	952
2. Bindefrist	953
III. Nicht offenes Verfahren	954
1. Bewerbungsfrist	954
2. Angebotsfrist	955
3. Bindefrist	955
IV. Verhandlungsverfahren	956
1. Verhandlungsverfahren mit Teilnahmewettbewerb	956
2. Verhandlungsverfahren ohne Teilnahmewettbewerb	956
V. Wettbewerblicher Dialog und Innovationspartnerschaft	956
VI. Dynamisches Beschaffungssystem	957
VII. Elektronische Auktion und elektronische Kataloge	957
F. KonzVgV	957
I. Zeitplan	957
II. Fristbemessung	957
G. Fristen im Sektorenbereich	958
I. Europarechtliche Grundlagen	958
II. Vorgaben der SektVO	958
1. Grundsatz	959
2. Offene Verfahren	960
3. Nicht offene Verfahren und Verhandlungsverfahren mit vorherigem Teilnahmewettbewerb	961
4. Verhandlungsverfahren ohne Teilnahmewettbewerb	961
5. Wettbewerblicher Dialog	961
6. Innovationspartnerschaft	962
7. Dynamisches Beschaffungssystem	962
8. Elektronische Auktion	962
9. Elektronische Kataloge	962
H. Fristen im Verteidigungs- und Sicherheitsbereich	963
I. VSVgV	964
1. Grundsatz	964
2. Bewerbungsfrist bei nicht offenen Verfahren, im Verhandlungsverfahren mit Teilnahmewettbewerb und im wettbewerblichen Dialog	965
3. Angebotsfrist bei nicht offenen Verfahren	965
4. Verhandlungsverfahren	966
5. Auskunftsfrist bei nicht offenen Verfahren und Verhandlungsverfahren	966
II. VOB/A-VS	966
1. Nicht offene Verfahren	966
2. Verhandlungsverfahren	967
3. Wettbewerblicher Dialog	968

Inhaltsverzeichnis

I. VOB/A Abschnitt 1	968
I. Öffentliche Ausschreibung	969
1. Angebotsfrist	969
2. Bindefrist	970
II. Beschränkte Ausschreibung	971
1. Bewerbungsfrist	971
2. Angebotsfrist	971
3. Bindefrist	971
III. Freihändige Vergabe	971
1. Angebotsfrist	971
2. Bindefrist	972
J. UVgO	972
K. RPW	973

§ 26 Form und Inhalt von Teilnahmeanträgen und Angeboten

A. Formerfordernisse	980
I. Grundsätze der Informationsübermittlung	980
II. Spezifische Anforderungen an Teilnahmeanträge	981
1. Übermittlungswege für Teilnahmeanträge	981
2. Unversehrtheit/Vertraulichkeit der Teilnahmeanträge	981
3. Unterschriftserfordernisse/Elektronische Signatur	983
4. Bestätigung von Teilnahmeanträgen	983
III. Anforderungen an Angebote	984
1. Formvorgaben	984
2. Unterschriftserfordernisse	984
B. Notwendige Inhalte	985
I. Eindeutige Bezeichnung des Bewerbers bzw. Bieters	985
II. Inhalte des Teilnahmeantrages	986
1. Formblätter	986
2. Erklärungen und Nachweise zu Mindestbedingungen	986
3. Eignungsnachweise	987
4. Besonderheiten bei Bietergemeinschaften	989
5. Unterauftragnehmererklärungen	991
III. Weitergehende Inhalte des Angebots	993
1. Preise, Erklärungen und Angaben	993
2. Angabe der notwendigen Inhalte in der Angebotsaufforderung	993
3. Nachunternehmererklärungen	994
4. Angaben bei Nebenangeboten	995

Kapitel 6 Angebote und Wertung

§ 27 Angebotsöffnung

A. Einleitung	999
I. Europarechtlicher Hintergrund	999
II. Bedeutung	1000
1. Schutz vor Manipulation	1000
2. Bindung des Bieters	1000
III. Begriffliches	1001
B. VgV	1001
I. Vorgaben der VgV für den Öffnungstermin	1001
II. Wahrung der Vertraulichkeit	1001
III. Dokumentation	1002

IV. Aufbewahrung	1002
V. Anforderungen nach allgemeinen Grundsätzen	1003
C. VOB/A-EU	1003
I. Zwingend vorgesehener Öffnungstermin	1003
II. Prüfung der Unversehrtheit	1004
III. Kennzeichnung der Angebote	1004
IV. Niederschrift	1005
V. Information der Bieter	1005
D. SektVO	1005
E. KonzVgV	1006
I. Vorgaben der KonzVgV	1006
II. Anforderungen aus Allgemeinen Grundsätzen	1006
F. Bereich Verteidigung und Sicherheit	1006
I. VSVgV	1006
II. VOB/A-VS	1007
G. VOB/A – Unterschwellenbereich	1007
I. Öffnungstermin bei Ausschreibungen ohne Zulassung schriftlicher Angebote	1007
II. Eröffnungstermin bei Ausschreibungen bei Zulassung schriftlicher Angebote	1008
1. Zwingend vorgesehener Eröffnungstermin, Teilnehmer	1008
2. Umgang mit eingegangenen Angeboten	1008
3. Prüfung der Unversehrtheit	1008
4. Kennzeichnung der Angebote	1008
5. Verlesung	1009
6. Niederschrift	1009
7. Einsicht und Mitteilung	1010
III. Freihändige Vergabe	1010
H. UVgO	1010
I. Keine Bieteröffentlichkeit, Anwesenheit	1010
II. Umgang mit eingegangenen Angeboten	1011
III. Prüfung und Kennzeichnung	1011
IV. Dokumentation	1012
V. Umgang mit der Dokumentation	1012

§ 28 Nebenangebote

A. Einleitung	1015
B. Begriff	1016
I. Abweichung von den Vergabeunterlagen	1016
II. Abgrenzung zu Hauptangeboten	1017
C. Voraussetzungen für die Zulässigkeit von Nebenangeboten	1019
I. Zulassung von Nebenangeboten	1019
1. Oberschwellenbereich	1020
2. Unterschwellenbereich	1026
3. Notwendigkeit eines Hauptangebots	1027
II. Mindestanforderungen	1028
1. Oberschwellenbereich	1028
2. Unterschwellenbereich	1030
III. Sonstige Anforderungen	1031
D. Wertung von Nebenangeboten	1032
I. Besonderheiten bei inhaltlichen Anforderungen	1033
1. Erfüllen der Mindestanforderungen	1033
2. Gleichwertigkeitsprüfung	1034

II. Gegebenenfalls: Vorliegen eines wertbaren Hauptangebots	1035
III. Besonderheiten bei formalen Anforderungen	1036
1. Unterzeichnung von Nebenangeboten	1036
2. Besondere Formerfordernisse	1036
3. Nachreichen von Erklärungen und Nachweisen	1037
IV. Folgen des Nebenangebotsausschlusses für das Hauptangebot	1037
 § 29 Formelle Angebotsprüfung (erste Wertungsstufe)	
A. Einleitung	1042
B. Zwingende Ausschlussgründe	1045
I. Verspätete Angebote	1045
1. Maßgeblicher Zeitpunkt	1045
2. Entschuldbarkeit von Verspätungen	1046
II. Formal fehlerhafte Angebote	1048
III. Änderungen an den Vergabeunterlagen	1049
1. Vorliegen einer Änderung an den Vergabeunterlagen	1049
2. Aufklärung zur Vermeidung von Angebotsausschlüssen und ihre Grenzen	1050
3. Umdeutung in ein Nebenangebot	1052
IV. Nicht eindeutige Änderungen an Eintragungen des Bieters	1053
V. Fehlende/Unvollständige/Unrichtige Unterlagen	1054
1. Unterlagen	1054
2. Korrigierbare Mängel	1055
3. Möglichkeit bzw. Pflicht zur Nachforderung	1056
4. Länge der Nachfrist	1058
VI. Fehlende Preisangaben	1059
1. „Fehlende“ Preisangabe	1059
2. Nachforderung fehlender Preisangaben	1060
3. Besonderheiten im Konzessionsbereich	1062
VII. Nicht zugelassene und nicht den Mindestanforderungen entsprechende Nebenangebote	1063
VIII. Abgabe mehrerer Hauptangebote entgegen den Vorgaben des Auftraggebers	1064
IX. Angebote von Bietern, die im Vergabeverfahren vorsätzlich unzutreffende Erklärungen in Bezug auf ihre Fachkunde, Leistungsfähigkeit und Zuverlässigkeit abgegeben haben, § 16 Abs. 1 Nr. 10 VOB/A	1065
X. Verstoß gegen die Pflicht zur Zahlung von Steuern und Abgaben	1065
C. Fakultative Ausschlussgründe	1066
I. Nachweislicher Verstoß gegen umwelt-, sozial- oder arbeitsrechtliche Verpflichtungen im Rahmen der Ausführung öffentlicher Aufträge	1066
II. Zahlungsunfähigkeit/Insolvenz/Liquidation/Einstellung der Tätigkeit ...	1067
1. Zahlungsunfähigkeit	1067
2. Insolvenz	1068
3. Liquidation	1069
4. Einstellung der Tätigkeit	1069
III. Nachweisbare schwere Verfehlung, die die Eignung in Frage stellt	1069
1. Begehung von Straftaten und Ordnungswidrigkeiten	1070
2. Vertragswidriges Verhalten	1071
3. Bezugspunkt: Handelnde Personen	1072
4. Vergabesperre	1072
IV. Wettbewerbsbeschränkende Abreden	1072
1. Kartellabsprachen	1073

2. Bildung von Bietergemeinschaften	1074
3. Kenntnis des Bieters von Angeboten anderer Bieter	1076
V. Interessenskonflikt	1079
VI. Wettbewerbsverzerrung durch Beteiligung von Projektanten	1080
VII. Mangelhafte Vertragserfüllung in Bezug auf einen früheren öffentlichen Auftrag	1080
VIII. Unzutreffende Angaben zur Eignung	1082
IX. Unzulässige Beeinflussung der Entscheidungsfindung des öffentlichen Auftraggebers	1083
X. Fehlende Anmeldung bei einer Berufsgenossenschaft	1084
D. Selbstreinigung	1084

§ 30 Eignungsprüfung (zweite Wertungsstufe)

A. Einleitung	1107
B. Die Eignungskriterien	1107
I. Fachkunde	1108
II. Leistungsfähigkeit	1108
C. Keine Vermengung von Eignungskriterien und Zuschlagskriterien	1109
D. Mindestanforderungen an die Eignung	1110
E. Bekanntmachung der Eignungskriterien und der Nachweisform	1110
F. Die Eignungsprüfung	1112
I. Zeitpunkt der Eignungsprüfung	1114
II. Entscheidungsspielraum des Auftraggebers	1114
III. Aufklärungen über die Eignung	1115
G. Eignungsnachweise	1117
I. Allgemeine Anforderungen an die Eignungsnachweise	1117
II. Eignungsnachweise in den Einzelbereichen	1117
1. Nachweis der Leistungsfähigkeit (wirtschaftliche Leistungsfähigkeit)	1117
2. Nachweis der Fachkunde	1119
III. Qualität der Nachweise	1122
IV. Abschließende Festlegung der Eignungsnachweise in der gesetzlichen Normierung?	1122
H. Präqualifikationssysteme	1123
I. Einführung	1123
II. Begriffsbestimmung und Vorteile des Präqualifikationsverfahrens	1124
III. Einrichtung von Präqualifikationssystemen	1124
IV. Nachweise der Eignung mittels Präqualifikationssystem	1126
V. Anerkennung anderer Präqualifikationsverzeichnisse	1127
I. Einheitliche Europäische Eigenerklärung (EEE)	1127
I. Regelungsziele	1127
II. Eignungsnachweis durch EEE	1128
III. Standardformular der EEE	1129
IV. Verwendungspflicht oder Akzeptanzpflicht der EEE	1130
V. Wiederverwendung der EEE und Verweis auf öffentlich zugängliche Datenbanken	1131
J. Zeitpunkt der Vorlage der geforderten Nachweise	1132
I. Bekanntgabe der geforderten Nachweise in der Bekanntmachung	1132
II. Vorlage mit dem Teilnahmeantrag bzw. dem Angebot	1132
III. Nachforderung fehlender Nachweise	1132
IV. Nachweis der Eignung durch Bezugnahme auf dritte Unternehmen	1134
K. Erläuterung der Unterlagen	1134
L. Nachweis der Eignung durch andere geeignete Nachweise	1135

§ 31 Preisprüfung (dritte Wertungsstufe)

A. Einleitung	1140
B. Bieterschützende Funktion	1143
C. Inhalt und Ablauf der Preisprüfung	1144
I. Unterkostenangebot	1144
1. Vorprüfung: Ermittlung zweifelhafter Angebote	1145
2. Preisaufklärung	1152
3. Bewertung der Erklärungen des Bieters	1158
4. Darlegung im Streitfall	1165
5. Entscheidung über den Ausschluss	1167
II. Überhöhter Preis	1168
1. Keine Vorprüfung und keine Aufklärungspflicht	1169
2. Angemessenheitsprüfung	1169
3. Entscheidung über den Ausschluss	1170

§ 32 Die Angebotswertung (vierte Wertungsstufe)

A. Einleitung	1176
B. Auswahl und Bekanntmachung der Zuschlagskriterien	1177
I. Das „wirtschaftlich günstigste Angebot“	1178
1. Regelfall: Preis- und Qualitätswettbewerb	1178
2. Sonderfall: Reiner Preiswettbewerb	1181
3. Sonderfall: Reiner Qualitätswettbewerb	1183
II. Grundlegende Anforderungen an Zuschlagskriterien	1185
1. Wertungsfähigkeit	1185
2. Objektivität	1186
3. Verbindung mit dem Auftragsgegenstand; Nachhaltigkeitskriterien ..	1187
4. Hinreichende Bestimmtheit der Zuschlagskriterien einschließlich	
Unterkriterien	1191
III. Typische Zuschlagskriterien	1195
1. Preis	1195
2. Kosten, insbes. Lebenszykluskosten	1196
3. Qualität	1198
4. Ästhetik	1198
IV. Bekanntmachung der Zuschlagskriterien und Unterkriterien	1199
C. Auswahl und Bekanntmachung der Gewichtung und Wertungsmatrix	1200
I. Die Gewichtung	1201
II. Berechnungs-/Wertungsmethode – Wertungsmatrix	1203
D. Durchführung der Wertung	1211

Kapitel 7 Beendigung des Vergabeverfahrens

§ 33 Aufhebung

A. Einleitung	1217
I. Begrifflichkeiten	1217
II. Rechtsnatur und Wirksamkeit der Aufhebung	1218
III. Rechtsrahmen der Aufhebung	1220
1. Vergabeverordnungen und -ordnungen	1220
2. Allgemeine Grundsätze des Vergaberechts	1220
3. Grundrechte	1220
4. Europarecht	1221
IV. Kein Kontrahierungszwang	1222

B. Die Aufhebungstatbestände der VgV, der VSVgV, der UVgO, der VOL/A und der VOB/A	1224
I. Anwendungsbereich	1224
II. Ausnahmecharakter der Aufhebungstatbestände; Darlegungs- und Beweislast	1226
III. Die einzelnen Aufhebungstatbestände	1228
1. VgV	1228
2. VSVgV	1242
3. UVgO	1243
4. VOL/A	1243
5. VOB/A	1243
6. Abschließender Charakter der Aufhebungstatbestände	1245
IV. Teilaufhebung	1246
C. Ermessensentscheidung des Auftraggebers	1246
D. Mitteilungspflichten	1248
I. § 63 Abs. 2 VgV	1248
II. § 37 Abs. 2 VSVgV	1249
III. § 46 Abs. 1 S. 2 UVgO	1249
IV. § 17 Abs. 2 VOL/A	1249
V. § 17 Abs. 2 VOB/A	1250
VI. § 17 EU Abs. 2 VOB/A	1250
VII. § 17 VS Abs. 2 VOB/A	1250
E. Rechtsschutz gegen die Aufhebung	1250
I. Statthafteigkei eines Nachprüfungsantrags	1250
1. Grundsatz	1250
2. Materiell-rechtlcher Ausgangspunkt	1251
3. Verfahrensrechtliche Umsetzung	1252
II. Rügeobliegenheit	1254
III. Materiell-rechtlcher Prüfungsmaßstab	1255
F. Schadensersatz	1255
§ 34 Informations- und Wartepflicht	
A. Einleitung	1261
B. Anwendungsbereich	1263
I. Vergabearten	1264
II. De-facto-Vergaben	1264
III. Aufhebung von Vergabeverfahren	1265
C. Informationspflicht	1266
I. Empfänger der Information	1266
1. Unterlegene Bieter	1266
2. Bewerber, deren Bewerbung abgelehnt wurde	1269
II. Inhalt der Information	1271
1. Absicht des Vertragsschlusses	1271
2. Name des vorgesehenen Zuschlagsempfängers	1271
3. Gründe der vorgesehenen Nichtberücksichtigung	1272
4. Frühester Zeitpunkt des Vertragsschlusses	1273
III. Form der Information	1274
IV. Zeitpunkt der Information	1276
V. Verhältnis zu sonstigen Informationspflichten	1276
D. Wartepflicht	1277
I. Inhalt der Wartepflicht	1277
II. Dauer der Wartefrist	1277
III. Beginn der Wartefrist	1280

Inhaltsverzeichnis

E. Ausnahmen	1281
F. Folgen eines Verstoßes	1282
I. § 135 Abs. 1 Nr. 1 GWB	1282
II. Anspruch auf Einhaltung der Informations- und Wartepflicht	1282
G. § 19 EU Abs. 2 und 3 VOB/A, § 19 VS Abs. 2 und 3 VOB/A	1283
H. Informations- und Wartepflichten außerhalb von § 134 GWB	1283
I. Landesrechtliche Regelungen	1283
II. Informations- und Wartepflicht auf Grund des Justizgewährungsanspruchs?	1283
III. Unionsrechtlich begründete Informations- und Wartepflicht?	1285

§ 35 Zuschlagserteilung

A. Einleitung	1290
B. Wirksamkeit des Zuschlags	1291
I. Grundsatz	1291
II. Verstöße gegen vergaberechtliche Bestimmungen	1291
III. Verstöße gegen vertragsrechtliche Bestimmungen	1292
1. § 134 BGB	1292
2. § 138 Abs. 1 BGB	1294
C. Zeitpunkt des Zuschlags	1294
D. Form des Zuschlags	1295
I. Vergaberechtliche Formerfordernisse	1296
1. VOL/A	1296
2. VgV, UVgO, VOB/A	1297
II. Formerfordernisse aus sonstigen Bestimmungen	1297
E. Stellvertretung	1298

§ 36 Dokumentation, Information über nicht berücksichtigte Bewerbungen und Angebote und andere Ex-post-Bekanntmachungs-, Melde- und Berichtspflichten

A. Einleitung	1306
B. Dokumentation und Vergabevermerk	1306
I. Funktionen der Dokumentation	1307
1. Kontrolle des Vergabeverfahrens	1307
2. Rechtsschutz der am Auftrag interessierten Unternehmen	1308
3. Nachweis des Vertragsschlusses	1308
II. Inhalt der Dokumentation	1308
1. § 8 VgV	1309
2. § 6 Abs. 1 UVgO	1313
3. § 20 VOL/A	1313
4. VOB/A	1313
5. § 43 VSVgV	1314
III. Form der Dokumentation	1315
IV. Zeitpunkt der Dokumentation	1316
V. Aufbewahrungs- und Vorlagepflicht	1316
VI. Folgen eines Dokumentationsmangels	1317
C. Mitteilung über nicht berücksichtigte Bewerbungen und Angebote	1319
I. § 62 VgV	1320
1. Informationspflicht nach § 62 Abs. 1 VgV	1320
2. Informationspflicht nach § 62 Abs. 2 VgV	1321
3. Zurückhalten von Informationen	1322
II. § 46 UVgO	1323
1. Zeitpunkt der Mitteilung	1324

2. Inhalt der Mitteilung	1324
3. Zurückhalten von Informationen	1324
III. § 19 Abs. 1 und 3 VOL/A	1325
IV. § 19 VOB/A	1325
1. Allgemeine Mitteilungspflicht	1325
2. Pflicht zur Angabe der Gründe	1326
3. Umgang mit Bieterunterlagen	1326
V. § 19 EU VOB/A	1327
VI. § 36 VSVgV	1328
D. Bekanntmachung der Auftragsvergabe	1328
I. § 39 VgV	1329
II. § 30 UVgO	1330
III. § 19 Abs. 2 VOL/A	1331
IV. § 20 Abs. 3 VOB/A	1331
V. § 18 EU Abs. 3 und 4 VOB/A; § 18 VS Abs. 3 und 4 VOB/A	1331
VI. § 35 VSVgV	1332
E. Mitteilung über beabsichtigte beschränkte Ausschreibungen	1332
F. Melde- und Berichtspflichten; Vergabestatistik	1333
I. Europarechtliche Grundlagen	1333
II. Melde- und Berichtspflichten	1333
III. Vergabestatistik	1334
1. Gesetzliche Grundlagen	1334
2. VergStatVO	1335

Kapitel 8 Rechtsfolgen von Vergaberechtsverstößen

§ 37 Kündigung in besonderen Fällen, Unwirksamkeit und Rückabwicklung

A. Einleitung	1341
B. Gesetzliche Sonderkündigungsrechte nach § 133 GWB	1342
I. Anwendungsbereich und Reichweite	1343
1. Kündigungsberechtigte	1343
2. Voraussetzung: Wirksamer Vertrag/Konzession	1343
3. Keine abschließende Regelung	1344
II. Die einzelnen Kündigungsgründe des § 133 Abs. 1 GWB	1346
1. Wesentliche Vertragsänderung (§ 133 Abs. 1 Nr. 1 GWB)	1346
2. Vorliegen zwingender Ausschlussgründe (§ 133 Abs. 1 Nr. 2 GWB)	1347
3. Vom EuGH festgestellte Unionsrechtswidrigkeit (§ 133 Abs. 1 Nr. 3 GWB)	1348
III. Rechtsfolgen der Kündigung, § 133 Abs. 2 und 3 GWB	1349
C. Unwirksamkeitsgründe nach § 135 GWB	1351
I. Unwirksamkeit wegen Verstoßes gegen § 134 GWB (§ 135 Abs. 1 Nr. 1 GWB)	1351
II. Unwirksamkeit wegen ungerechtfertigten Absehens von EU-weiter Bekanntmachung (de facto-Vergabe; § 135 Abs. 1 Nr. 2 GWB)	1352
1. De facto-Vergaben	1352
2. Ausnahmen vom Verbot der de facto-Vergabe	1355
III. Feststellung der Unwirksamkeit in einem Nachprüfungsverfahren (§ 135 Abs. 1 aE, Abs. 2 GWB)	1358
1. Fristen zur Geltendmachung der Unwirksamkeit	1358
2. Antragsbefugnis	1364
3. Besonderheiten hinsichtlich der Rügeobliegenheit	1366
IV. Rechtsfolgen	1368
1. Tenorierung durch die Vergabekammer	1368

Inhaltsverzeichnis

2. Rechtsfolgen der Unwirksamkeit ex tunc	1368
3. Ausnahmen von der Unwirksamkeitsfeststellung	1370
D. Sonstige Unwirksamkeitsgründe	1371
I. Anwendbarkeit sonstiger Nichtigkeitstatbestände neben § 135 GWB	1371
II. § 134 BGB	1372
III. § 138 BGB	1373
§ 38 Schadensersatz	
A. Einleitung	1376
B. Schadensersatz bei Rechtsmissbrauch gemäß § 180 GWB	1378
I. Rechtsmissbräuchliche Nachprüfungsanträge und Beschwerden (§ 180 Abs. 1, 2 GWB)	1378
1. Normadressaten	1378
2. Ungerechtfertigt gestellter Nachprüfungsantrag oder sofortige Beschwerde	1379
3. Beispiele für missbräuchliches Verhalten (§ 180 Abs. 2 GWB)	1381
4. Schaden	1385
5. Haftung für Dritte	1386
6. Verhältnis zu sonstigen Anspruchsgrundlagen	1386
II. Ungerechtfertigte vorläufige Maßnahmen (§ 180 Abs. 3 GWB)	1387
1. Normadressaten	1387
2. Tatbestandsvoraussetzungen	1387
3. Umfang des Schadensersatzanspruchs	1388
III. Rechtsweg	1388
IV. Darlegungs- und Beweislast	1388
V. Verjährung des Anspruchs	1389
C. Anspruch auf Ersatz des Vertrauensschadens gemäß § 181 S. 1 GWB	1389
I. Anspruchsvoraussetzungen	1389
1. Normadressaten	1389
2. Verstoß gegen bieterschützende Vorschriften	1391
3. Beeinträchtigung einer echten Chance auf Zuschlagserteilung	1392
4. Verschuldensunabhängige Haftung	1395
5. Einwand rechtmäßigen Alternativverhaltens	1396
6. Mitverschulden	1396
II. Umfang des Schadensersatzes	1398
III. Verjährung	1399
IV. Rechtsweg	1399
V. Darlegungs- und Beweislast	1399
D. Weitergehende Schadensersatzansprüche, § 181 S. 2 GWB	1400
I. Vertragsähnliche Ansprüche aus culpa in contrahendo gemäß §§ 311 Abs. 2, 241 Abs. 2, 280 Abs. 1 BGB	1400
1. Anspruchsvoraussetzungen	1401
2. Darlegungs- und Beweislast	1408
II. Deliktische Ansprüche	1408
1. § 823 Abs. 1 BGB	1408
2. § 823 Abs. 2 BGB iVm Schutzgesetzen	1409
3. § 826 BGB	1409
4. § 839 BGB iVm Art. 34 GG	1409
III. Sonstige Ansprüche	1409
1. Kartellrechtliche Ansprüche	1409
2. Wettbewerbsrechtliche Ansprüche	1410

§ 39 Vertragsverletzungsverfahren

A. Einleitung	1412
B. Korrekturmechanismus der Kommission gemäß § 183 GWB	1413
I. Regelungsgehalt	1413
II. Ablauf des Verfahrens	1414
1. Voraussetzungen für die Einleitung des Korrekturmechanismus (§ 183 Abs. 1 GWB)	1414
2. Stellungnahme des öffentlichen Auftraggebers (§ 183 Abs. 2 GWB) ..	1415
3. Weitergehende Informationspflicht (§ 183 Abs. 3 GWB)	1415
4. Weiteres Verfahren	1415
C. Vertragsverletzungsverfahren durch die EU-Kommission gemäß Art. 258 AEUV	1416
I. Verfahrensablauf	1416
1. Einleitung des Verfahrens	1416
2. Informelles Vorverfahren	1418
3. Förmliches Vorverfahren	1418
4. Gerichtsverfahren	1420
5. Beschleunigung des Verfahrens und einstweilige Anordnungen	1424
II. Rechtsfolgen der Feststellung eines Unionsrechtsverstoßes	1425
1. Pflicht zur Beseitigung der Vertragsverletzung, Art. 260 Abs. 1 AEUV	1425
2. Sanktionsverfahren, Art. 260 Abs. 2 AEUV	1427
3. Sanktionsverhängung gemäß Art. 260 Abs. 3 AEUV	1430
III. Beendigung von Beschaffungsverträgen bei festgestelltem Unionsrechtsverstoß	1431
IV. Beendigung unionsrechtswidriger Beschaffungsverträge ohne Beanstandung durch den EuGH?	1432

Kapitel 9 Rechtsschutz

§ 40 Zuständigkeiten

A. Einleitung	1435
B. EG-Rechtsmittel-Richtlinien	1436
C. Zuständigkeit für das Vergabenaufprüfungsverfahren in erster Instanz	1438
I. Rechtliche Einordnung der Vergabekammern	1438
II. Örtliche Zuständigkeiten: § 159 GWB	1439
1. Zurechnung des Auftrags bzw. des Auftraggebers zu einer Gebietskörperschaft	1439
2. Verweisung bei Unzuständigkeit	1440
3. Örtliche Zuständigkeit und richtiger Antragsgegner	1440
D. Zuständigkeit der Oberlandesgerichte in zweiter Instanz	1441
E. Unterrichtungspflicht	1442

§ 41 Rechtswegkonzentration, Antragsbefugnis und Rügeobliegenheit

A. Einleitung	1445
B. § 97 Abs. 6 GWB	1445
I. Fundamentale Neuerung der Rechtslage durch das VgRÄG 1998	1445
II. Subjektive Rechte auf Durchsetzung des Vergaberechts aus Grundrechten?	1445
III. Anspruch auf Vertragsschluss oder zumindest auf „Aufhebung einer Aufhebung“?	1446

Inhaltsverzeichnis

C. Rechtswegkonzentration	1447
I. Dienstleistungskonzessionen	1448
II. Verhältnis der §§ 155 ff. GWB zu Bestimmungen anderer Prozessordnungen	1449
1. Kartellrecht	1449
2. Patentrecht	1451
3. Sozialversicherungsrecht	1451
4. Weitere Beispiele: Kommunalwirtschaftsrecht, Abfallrecht und Wasserrecht	1452
III. Beschränkung des § 156 Abs. 2 GWB: Ansprüche gegen Auftraggeber	1453
IV. Weitere Beschränkung des § 156 Abs. 2 GWB: Ansprüche auf Handlungen in einem Vergabeverfahren	1454
V. Streit über die Zulässigkeit des beschrittenen Vergaberechtswegs	1455
D. Antragsbefugnis	1456
I. Interesse am öffentlichen Auftrag oder an der Konzession	1456
II. Möglichkeit der Verletzung von Vergabevorschriften	1457
III. (Drohender) Schaden	1459
IV. Kein vorbeugender Rechtsschutz	1460
E. Rügeobliegenheit (§ 160 Abs. 3 GWB)	1461
I. Grundsätze	1461
II. Erkennbare Vergaberechtsverstöße	1464
III. Positiv erkannte Vergaberechtsverstöße	1465
1. 10-Tages-Frist	1466
2. „Kenntnis“	1466
3. Darlegungs- und Beweislast	1467
IV. Verhältnis der Nr. 1–3 des § 160 Abs. 3 S. 1 GWB	1467
V. 15-Tages-Frist des § 160 Abs. 3 S. 1 Nr. 4 GWB nach Zurückweisung einer Rüge	1467
VI. Entbehrlichkeit einer Rüge	1468
1. De-facto-Vergaben	1468
2. Weitere Fälle	1468
3. Sachverhalte, die erst im Rahmen eines Nachprüfungsverfahrens bekannt werden	1469
VII. Rügeobliegenheit und Untersuchungsgrundsatz	1469
F. Rechtsschutzbedürfnis	1470

§ 42 Nachprüfungsverfahren

A. Einleitung	1474
B. Verfahrensgrundsätze	1474
I. Einreichung des Nachprüfungsantrags; Untersuchungs- oder Amtsermittlungsgrundsatz	1474
II. Mündliche Verhandlung und Beweiserhebung	1475
III. Beschleunigungsmaxime	1476
C. Unzulässigkeit des Nachprüfungsantrags nach wirksam geschlossenem Vertrag ..	1477
I. Grundsätze	1477
II. Verzahnung mit den §§ 134, 135 GWB	1479
D. Fortsetzungsfeststellungsverfahren	1482
I. Erledigung des Nachprüfungsverfahrens	1482
II. Fortsetzungsfeststellungsinteresse	1483
E. Beiladung	1483
F. Akteneinsichtsrechte	1484
I. Grenzen	1484

II. Rechtsmittel?	1486
III. Weitergehende Akteneinsichtsrechte kraft der Informationsfreiheitsgesetze?	1486
G. Befangenheit	1487
H. Nachprüfungsverfahren und Vergleiche der Beteiligten	1487

§ 43 Sofortige Beschwerde

A. Einleitung	1491
B. Zulässigkeit	1491
I. Beschwerdefrist	1491
II. Entscheidung der Vergabekammer	1492
C. Begründetheit: Prüfungsumfang und -maßstab	1493
D. Verfahrensrecht	1493
I. Form- und Verfahrensregelungen im GWB	1493
II. Anwendbares Prozessrecht	1494
1. Entsprechende Anwendung der Vorschriften der ZPO über die §§ 175 Abs. 2, 72 Nr. 2 GWB	1494
2. Entsprechende Anwendung von Vorschriften der VwGO (Beispiel: Nachschieben von Gründen)	1496
III. Aufschiebende Wirkung der sofortigen Beschwerde	1496
E. Eilantrag gemäß § 173 Abs. 1 S. 3 GWB	1497
I. Prüfungsmaßstab und Abwägungsmaterial	1497
II. Verhältnis zu § 176 GWB	1498
III. Rechtsschutzbedürfnis	1498
F. Rechtsmittel gegen Entscheidungen des Beschwerdegerichts?	1498
G. Bindungswirkung von Entscheidungen der Vergabekammern und -senate im Schadensersatzprozess	1499

§ 44 Vorabentscheidung über den Zuschlag

A. Einleitung	1503
B. Prüfung und Übermittlung eines Nachprüfungsantrages zur Auslösung des Zuschlagsverbotes	1504
C. Folgen der Information des öffentlichen Auftraggebers über den Nachprüfungsantrag (mindestens in Textform)	1505
I. Bewirkung eines gesetzlichen Zuschlagsverbotes	1505
II. Beendigung des Zuschlagsverbotes	1505
D. Vorabgestattung des Zuschlags (§ 169 Abs. 2 GWB)	1506
I. Vergabekammerverfahren	1506
II. Besonderes Rechtsmittelverfahren vor dem Beschwerdegericht	1507
E. Vorabentscheidung über den Zuschlag durch das Beschwerdegericht nach § 176 GWB	1508
I. Besonderheiten des Verfahrens	1508
II. Wirkungen der ablehnenden Entscheidung des Beschwerdegerichts (§ 177 GWB)	1509
F. Antrag auf weitere vorläufige Maßnahmen zum Eingriff in das Vergabeverfahren (§ 169 Abs. 3 GWB)	1510
I. Analoge Anwendung im Verfahren der sofortigen Beschwerde	1510
II. Inhalt des Tenors des Eilbeschlusses ist begrenzt durch die Hauptsache ..	1510
III. Rechtsschutzbedürfnis	1511
IV. Prüfungsmaßstab	1511
V. Kein Rechtsmittel	1511
VI. Eingriff in das Vergabeverfahren und in die Durchführung bereits geschlossener Verträge	1511

§ 45 Vollstreckung von Entscheidungen

A. Einleitung	1513
B. Vollstreckungsvoraussetzungen („Zulässigkeit des Verwaltungszwanges“)	1514
I. Unanfechtbarkeit der Zuschlagsuntersagung oder Wegfall der aufschiebenden Wirkung der sofortigen Beschwerde	1514
II. Fortdauer des Zuschlagsverbots; Wirksamkeit eines entsprechenden Verwaltungsaktes	1514
III. Konkrete Anhaltspunkte für einen gegenwärtigen oder künftigen Verstoß gegen die durchsetzbare Pflicht; kein Verbrauch der durchsetzbaren Anordnung	1515
C. Verfahrensfragen	1516
I. Zuständigkeit für Vollstreckungsmaßnahmen	1516
II. Vollstreckung nur auf Antrag	1516
III. Begründung der Entscheidung über Vollstreckungsmaßnahmen und Zustellung	1516
IV. Antrag auf Verlängerung der aufschiebenden Wirkung einer sofortigen Beschwerde nach dem Vollstreckungsrecht	1516
V. Zwangsmittel	1517
1. Höhe des Zwangsgeldes (§ 168 Abs. 3 S. 3 GWB)	1517
2. Ersatzzwangshaft?	1518
D. Vollstreckung von Entscheidungen nach § 169 Abs. 3 GWB	1518
E. Vollstreckung von Entscheidungen des Beschwerdegerichts	1518
F. Keine Vollstreckung eines Feststellungstenors	1519
I. Erste Instanz	1519
II. Zweite Instanz	1519
III. Schutz des Antragstellers	1519

§ 46 Divergenzvorlagen an den BGH und Vorabentscheidungsersuchen an den EuGH

A. Einleitung	1521
B. Divergenzvorlage zum Bundesgerichtshof	1522
I. Pflicht zur Vorlage an den Bundesgerichtshof	1522
II. Fälle, in denen keine Divergenzvorlagepflicht besteht	1522
III. Rechtsbeschwerde nach § 17a Abs. 4 S. 4 GVG zur Zulässigkeit des beschrittenen Rechtswegs	1524
C. Vorabentscheidungsersuchen zum Europäischen Gerichtshof	1524
I. Vorlagepflicht der Oberlandesgerichte und des Bundesgerichtshofs	1525
1. Bestehen und Nichtbestehen einer Vorlagepflicht	1525
2. Zeitliche Auswirkungen der Vorlage an den EuGH	1525
II. Vorlageberechtigung und Vorlagepflicht der Vergabekammer?	1526
D. Folgen pflichtwidrig unterlassener Vorlagen	1527

§ 47 Kosten und Gebühren

A. Einleitung	1530
B. Gebühren und Auslagen der Vergabekammer	1530
I. Entscheidung durch Verwaltungsakt	1530
II. Maßstäbe für die Auslagen- und Gebührenhöhe	1531
III. Statthaftigkeit der sofortigen Beschwerde	1532
IV. Kostenvorschuss	1532
V. „Unterliegen“ iSd § 182 Abs. 3 und 4 GWB	1532

C. Erstattungsfähigkeit von Aufwendungen der obsiegenden Beteiligten im erstinstanzlichen Verfahren	1533
I. Grundsatz	1533
II. Notwendigkeit der Hinzuziehung anwaltlicher Bevollmächtigter	1534
D. Kostentragung und Aufwenderstattung in besonderen Fällen: Billigkeitsgründe	1535
I. Antragsrücknahme	1535
II. Obsiegen des Antragsgegners trotz eines festgestellten Vergaberechtsverstößes	1536
III. Erledigung	1536
IV. Aufwendungen der Beigeladenen	1537
E. Kosten des Beschwerdeverfahrens	1538
I. Kostengrundentscheidung	1538
II. Keine Veranlassung für Kostenentscheidungen in Eilverfahren	1539
III. Gerichtsgebühren	1539
IV. Streitwert	1539
F. Höhe der Rechtsanwaltsvergütung	1540
I. Gegenstandswert	1540
II. Geschäftsgebühr für das Vergabekammerverfahren	1540
III. Sofortige Beschwerde	1541
IV. Bietergemeinschaften und Auftraggebermehrheiten	1542
G. Kostenfestsetzung	1542

Besonderer Teil

Kapitel 10 Wettbewerbsregister

§ 48 Wettbewerbsregistergesetz

A. Einleitung	1543
B. Eintragung von Rechtsverstößen	1544
I. Allgemeines	1544
II. Eintragungsrelevante Tatbestände	1545
1. Zwingende Ausschlussgründe	1546
2. Fakultative Ausschlussgründe	1547
3. Nicht einzutragende Tatbestände	1551
4. Zurechnung von Rechtsverstößen	1551
III. Eintragungsverfahren	1554
1. Mitteilungspflicht nach § 4 Abs. 1 WRegG	1554
2. Formale Prüfung der übermittelten Daten nach § 4 Abs. 2 WRegG ..	1554
3. Unterrichtungspflicht der mitteilungspflichtigen Behörden nach § 4 Abs. 3 WRegG	1554
4. Unterrichtung und Anhörung des Betroffenen § 5 Abs. 1 WRegG ..	1555
5. Kooperationsverhältnis zwischen mitteilungspflichtigen Behörden und Registerbehörde	1555
IV. Inhalt der Eintragung	1555
V. Registereinsicht	1556
1. Auftraggeber	1556
2. Auskunftsanspruch von Unternehmen und natürlichen Personen	1557
3. Antragsberechtigung amtlicher Verzeichnisse mit Einwilligung der Betroffenen	1558
C. Abfragepflichten und -rechte für Auftraggeber	1558
I. Abfragepflichten	1558
1. Öffentliche Auftraggeber nach § 99 GWB	1558

Inhaltsverzeichnis

2. Sektorenauftraggeber nach § 100 Abs. 1 Nr. 1 GWB	1559
3. Konzessionsgeber nach § 101 Abs. 1 Nr. 1 und 2 GWB	1559
II. Ausnahmen von der Abfragepflicht	1559
III. Begrenzung der Abfragepflichtigen	1559
IV. Bedeutung der EU-Schwellenwerte	1560
V. Abfrage nach Ermessen	1560
D. Folgen einer Eintragung	1560
E. Löschung einer Eintragung	1561
I. Löschung der Eintragung nach Fristablauf	1561
1. Bindungswirkung der Löschung	1561
2. Verhinderung eines doppelten Fristenlaufs	1562
II. Vorzeitige Löschung der Eintragung wegen Selbstreinigung	1562
1. Selbstreinigung nach § 125 Abs. 1 GWB	1563
2. Selbstreinigung nach § 123 Abs. 4 S. 2 GWB	1564
3. Bewertung durch die Registerbehörde	1564
4. Stattgabe des Löschantrags	1564
5. Ablehnung des Löschantrags	1565
6. Gebühren und Auslagen	1565
F. Rechtsschutz	1566
I. Vor drohendem Registereintrag	1566
II. Löschung oder Änderung eines bestehenden Registereintrags	1566
III. Verhältnis zum Nachprüfungsverfahren	1567
IV. Rechtsschutz von Mitbewerbern	1567
G. Grundsatz der elektronischen Kommunikation	1568
H. Entwurf eines Gesetzes zur Stärkung der Integrität in der Wirtschaft	1569

§ 49 Wettbewerbsregisterverordnung

A. Einleitung	1571
B. Abschnitt 1: Allgemeine Vorschriften für die elektronische Kommunikation ..	1572
I. § 1: Elektronische Kommunikation und Datenübermittlung	1572
II. § 2: Nutzung des Portals	1572
III. § 3: Nutzung der amtlichen Schnittstelle	1573
C. Abschnitt 2: Besondere Vorschriften für die elektronische Kommunikation ...	1574
I. § 4: Pflichten der mitteilungspflichtigen Behörden	1574
II. § 5: Abfrage von Daten durch den Auftraggeber	1574
III. § 6: Auskunftserteilung an amtliche Verzeichnisstellen	1575
IV. § 8: Antrag auf Selbstauskunft; Gebühr	1576
V. § 9: Anforderungen ergänzender Informationen durch Auftraggeber	1577
D. Abschnitt 3: Selbstreinigung	1577
I. § 10: Mitteilung eines Unternehmens zu Selbstreinigungsmaßnahmen ...	1577
II. § 11: Anforderungen an vorzulegende Gutachten und Unterlagen zur Bewertung einer Selbstreinigung	1578
E. Abschnitt 4: Datenschutz und Protokollierung	1579
I. § 12: Datenschutz	1579
II. § 13: Protokollierung	1579

Kapitel 11 Auftragsvergaben in den Bereichen Verkehr, Trinkwasser- und Energieversorgung (SektVO)

§ 50 Einleitung

A. Die SektVO als Sondervergaberecht der Energie-, Wasser- und Verkehrsversorgung	1581
B. Grundzüge der Regelungssystematik	1582

I. Teilweise Abkehr vom Kaskadensystem	1583
II. Einheitliche Anwendung	1583
C. Freistellung vom Vergaberecht für bestimmte Sektorentätigkeiten	1584

§ 51 Anwendungsbereich

A. Einleitung	1586
B. Persönlicher Anwendungsbereich	1586
C. Sachlicher Anwendungsbereich	1587
I. Vergabe von Aufträgen im Zusammenhang mit Sektorentätigkeit	1587
1. Art der Auftragsvergabe	1587
2. Zum Zwecke von Sektorentätigkeiten	1588
II. Schwellenwerte	1590
D. Ausnahmetatbestände gemäß GWB	1591
E. Ausnahme für Sektorentätigkeiten, die unmittelbar dem Wettbewerb ausgesetzt sind	1592
I. Wirkung der Freistellung	1593
II. Voraussetzungen für eine Freistellung	1593
1. Märkte mit freiem Zugang	1593
2. Unmittelbar dem Wettbewerb ausgesetzt	1593
3. Beispiele für Freistellungen	1594
III. Freistellungsverfahren	1596
1. Einleitung eines Freistellungsverfahrens	1597
2. Stellungnahme des BKartA	1597
3. Entscheidung	1598
F. Auftragsänderungen während der Vertragslaufzeit	1598
G. Auftraggeber nach dem Bundesberggesetz	1598

§ 52 Vergabeverfahrensarten (Besonderheiten)

A. Einleitung	1599
I. Rechtsrahmen	1600
II. Regel-Ausnahme-Verhältnis	1600
B. Freie Wahl der Vergabeverfahrensarten	1600
C. Die Vergabeverfahrensarten im Einzelnen	1602
I. Das Verhandlungsverfahren	1602
1. Zum Ablauf des Verhandlungsverfahrens im Sektorenbereich	1603
2. Das Verhandlungsverfahren ohne Bekanntmachung	1605
II. Das offene Verfahren	1610
III. Das nicht offene Verfahren	1610
IV. Der wettbewerbliche Dialog	1611
V. Innovationspartnerschaft	1611
D. Rahmenvereinbarungen	1611
E. Dynamische Beschaffungssysteme	1612
F. Elektronische Auktionen und Kataloge	1612

§ 53 Bieter und Bewerber (Besonderheiten)

A. Einleitung	1613
B. Auswahl der Unternehmen	1614
I. Auswahl anhand objektiver Kriterien	1614
II. Verringerung der Zahl der Unternehmen bei nicht offenen Verfahren, Verhandlungsverfahren, wettbewerblichen Dialogen und Innovationspartnerschaften	1617

Inhaltsverzeichnis

C. Ausschluss vom Vergabeverfahren	1618
I. Gesetzliche Ausschlussgründe	1618
II. Gewillkürte Ausschlussgründe	1619
D. Qualitätssicherungs- und Umweltmanagementnormen	1619
E. Qualifizierungssysteme	1620
I. Kriterien für das Aufstellen von Qualifizierungssystemen	1621
II. Zugang zu Qualifizierungskriterien und -regeln	1621
III. Eignungsleihe	1622
IV. Eignungsfeststellung mit Hilfe anderer Prüfungssysteme oder Präqualifikationsverfahren	1622
V. Prüfungsstufen	1623
VI. Benachrichtigung der Unternehmen über die Entscheidung	1623
VII. Verzeichnis geprüfter Unternehmen	1623
VIII. Aberkennung der Qualifizierung	1623
IX. Bekanntmachung über das Bestehen eines Qualifizierungssystems	1624
X. Aufruf zum Wettbewerb	1624

§ 54 Leistungsbeschreibung und Vergabeunterlagen (Besonderheiten)

A. Vergabeunterlagen	1625
B. Anschreiben	1626
C. Bewerbungsbedingungen	1626
D. Vertragsunterlagen	1626
E. Leistungsbeschreibung	1627
I. Rechtsrahmen	1627
II. Vergleichbare Regelungen	1627
III. Eindeutige und erschöpfende Beschreibung der Leistung	1627
IV. Zugänglichkeit der technischen Anforderungen	1628
V. Technische Anforderungen	1628
VI. Nachweis, dass ein Angebot den Anforderungen entspricht	1628
VII. Anforderungen in Leistungs- und Funktionsanforderungen	1628
VIII. Gütezeichen	1629
IX. Konformitätsbewertungsstellen	1629
X. Verweis auf Produkte, Herkunft, Marken oder Patente	1629
XI. Vorgaben zum „Green Procurement“ und zu sozialen Maßgaben	1629
XII. Aufbürden eines „ungewöhnlichen Wagnisses“	1630

§ 55 Bekanntmachungen, Form- und Fristvorgaben (Besonderheiten)

A. Einleitung	1633
B. Form und Inhalt der Bekanntmachungen	1633
I. Formelle Anforderungen an die Bekanntmachung	1634
II. Inhalt der Bekanntmachung	1634
C. Die Bekanntmachungen im Einzelnen	1634
I. „Reguläre“ Bekanntmachung der Vergabeabsicht	1634
II. Bekanntmachung mit Aufruf zum Teilnahmewettbewerb	1635
1. Aufruf mittels der Bekanntmachung der Vergabeabsicht	1635
2. Aufruf mittels einer regelmäßigen nicht verbindlichen Bekanntmachung	1635
3. Aufruf mittels einer Bekanntmachung über die Einrichtung eines Qualifizierungssystems	1636
III. Beschafferprofil	1636
IV. Regelmäßige nicht verbindliche Bekanntmachung	1636
V. Bekanntmachung über vergebene Aufträge (Vergabebekanntmachung) und über Auftragsänderungen	1637

D. Fristen	1637
I. Berechnung	1637
II. Von Bewerbern/Bietern einzuhaltende Fristen	1638
1. Offenes Verfahren	1638
2. Nicht offenes Verfahren/Verhandlungsverfahren mit vorherigem Teilnahmewettbewerb	1638
3. Bindefristen	1639
III. Von öffentlichen Auftraggebern einzuhaltende Fristen	1639
E. Wege der Informationsübermittlung	1639

**§ 56 Angebote, Wertung und Beendigung des Vergabeverfahrens
(Besonderheiten)**

A. Einleitung	1641
B. Behandlung der Angebote	1641
I. Allgemeines	1641
1. Trennung von Eignungs- und Zuschlagskriterien	1642
2. Öffnung der Angebote	1642
II. Angebotsprüfung	1642
1. Nicht frist- und formgerechte Angebote	1642
2. Unvollständige Angebote	1642
3. Änderungen an den Vergabe- bzw. Vertragsunterlagen	1643
4. Wettbewerbsbeschränkende Abreden	1643
III. Angebotswertung	1644
C. Ungewöhnlich niedrige Angebote	1644
D. Angebote die Waren aus Drittländern umfassen	1644
I. Zurückweisung von Angeboten	1644
II. Zuschlagsregel bei Gleichwertigkeit von Angeboten	1645
E. Zuschlagskriterien und Zuschlagerteilung	1645
F. Aufhebung und Einstellung des Vergabeverfahrens	1646
G. Grenzen der Informations- und Mitteilungspflichten	1647
H. Behandlung von Nebenangeboten	1647
I. Unteraufträge	1647
J. Dokumentation	1648

**§ 57 Rechtsfolgen von Vergaberechtsverstößen und Rechtsschutz
(Besonderheiten)**

**Kapitel 12 Auftragsvergaben in den Bereichen Verteidigung und Sicherheit
(VSVgV, VOB/AVS)**

§ 58 Einführung

A. Einleitung	1651
B. Entwicklung des Unionsrechts im Bereich Verteidigung und Sicherheit	1653
1. Hintergrund der Richtlinie 2009/81/EG	1653
2. Überblick über die Richtlinie 2009/81/EG	1654
3. Stärkung der EU-Verteidigungsindustrie durch grenzüberschreitende Kooperationen	1654
C. Umsetzung im deutschen Recht und weitere Entwicklungen	1656

§ 59 Anwendungsbereich

A. Einleitung	1659
B. Allgemeines zum Anwendungsbereich	1661
C. Aufträge im Bereich Verteidigung	1662

Inhaltsverzeichnis

I. Lieferaufträge über Militärausrüstung	1663
1. Ausrüstung	1663
2. Konzeption oder Anpassung für militärische Zwecke	1663
3. Bestimmung zum Einsatz als Waffe, Munition oder Kriegsmaterial ...	1666
4. Annexaufträge	1667
II. Bau- und Dienstleistungsaufträge für militärische Zwecke	1668
D. Sicherheitsspezifische Aufträge im zivilen Bereich	1668
I. Lieferaufträge über Ausrüstung im Rahmen eines Verschlussachenauftrags	1668
1. Verschlussachenauftrag	1668
2. Lieferung von Ausrüstung	1670
3. Annexaufträge	1671
II. Bau- und Dienstleistungsaufträge im Rahmen eines Verschlussachenauftrags	1671
E. Gemischte Aufträge	1671
F. Ausnahmen für den Verteidigungs- und Sicherheitsbereich	1672
I. Allgemeine Ausnahmen nach § 107 Abs. 2 GWB (Art. 346 AEUV)	1673
1. Produktion und Handel von Kriegsgütern (§ 107 Abs. 2 S. 1 Nr. 2 GWB)	1673
2. Schutz sensibler Informationen (§ 107 Abs. 2 S. 1 Nr. 1 GWB)	1679
3. Gemischte Aufträge und Konzessionen	1683
II. Besondere Ausnahmen für verteidigungs- oder sicherheitsspezifische Aufträge (§ 145 GWB)	1684
1. Aufträge für nachrichtendienstliche Tätigkeiten	1684
2. Aufträge im Rahmen von Kooperationsprogrammen	1685
3. Außerhalb der EU vergebene Aufträge	1688
4. Auftragsvergaben an andere Staaten	1689
5. Aufträge über Finanzdienstleistungen	1691
6. Aufträge über Forschungs- und Entwicklungsleistungen	1691
7. Vergaben aufgrund besonderer internationaler Verfahrensregeln	1693
III. Ausnahmen für nicht verteidigungs- oder sicherheitsspezifische Aufträge, die Verteidigungs- und Sicherheitsaspekte umfassen (§ 117 GWB)	1696
1. Schutz wesentlicher Sicherheitsinteressen	1696
2. Fälle des Art. 346 Abs. 1 lit. a AEUV	1697
3. Geheime Aufträge und Aufträge mit besonderen Sicherheitsmaßnahmen	1698
4. Vergaben aufgrund besonderer internationaler Verfahrensvorschriften	1700
5. Von internationalen Organisationen oder Finanzierungseinrichtungen finanzierte Aufträge	1701
IV. Besondere Ausnahmen für Konzessionen in den Bereichen Verteidigung und Sicherheit (§ 150 GWB)	1702
1. Geheime Konzessionen und Konzessionen mit besonderen Sicherheitsmerkmalen	1702
2. Konzessionen im Rahmen von Kooperationsprogrammen	1703
3. Konzessionsvergaben an andere Staaten	1703
4. Außerhalb des EWR vergebene Konzessionen	1703
5. Ausnahmen nach sonstigen Vorschriften	1704
6. Schutz wesentlicher Sicherheitsinteressen	1704
7. Vergaben aufgrund besonderer internationaler Verfahrensvorschriften	1704
 § 60 Vergabearten und sonstige Besonderheiten des Verfahrens	
A. Einleitung	1706
B. Vergabearten	1706

I. Regelverfahren: Nichtoffenes Verfahren und Verhandlungsverfahren mit Teilnahmewettbewerb	1706
II. Verhandlungsverfahren ohne Teilnahmewettbewerb	1707
1. Dringlichkeitsvergaben	1707
2. Alleinstellung eines Unternehmens	1709
3. Forschungs- und Entwicklungsleistungen	1710
4. Luft- und Seeverkehrsleistungen	1710
5. Weitere Fälle	1711
6. Ex-Post-Transparenz und Begründungspflicht	1712
III. Wettbewerblicher Dialog	1712
IV. Verfahrensfreiheit bei nichtprioritären Dienstleistungen	1712
1. Hintergrund der Regelung	1712
2. Erfasste Dienstleistungen	1713
3. Anzuwendende Verfahrensregeln	1713
C. Auswahl der Bieter	1714
I. Spezifische Ausschlussgründe	1714
1. Verstoß gegen Exportkontrollvorschriften für Verteidigungs- und Sicherheitsgüter	1714
2. Schwere Verfehlung im Zusammenhang mit der Gewährleistung der Informations- oder Versorgungssicherheit	1715
3. Falsche Angaben zur Gewährleistung der Informations- oder Versorgungssicherheit	1715
4. Fehlende Vertrauenswürdigkeit	1715
5. Ausschluss von Unternehmen aus unsicheren Drittstaaten	1716
6. Beschränkung auf EU-Unternehmen bei Aufträgen im Rahmen von Kooperationsprogrammen	1717
II. Spezifische Eignungsanforderungen	1717
D. Weitere Besonderheiten des Verfahrens	1718
I. Pflicht zu Losaufteilung	1718
II. Leistungsbeschreibung	1719
III. Rahmenvereinbarungen	1719
IV. Verfahrensablauf	1720
V. Keine Pflicht zur elektronischen Vergabe	1721
E. Vergabe von Unteraufträgen	1722
I. Einführung und Überblick	1722
1. Hintergrund der Regelungen	1722
2. Praktische Probleme	1723
II. Begriff des Unterauftrags	1724
III. Angaben zum Nachunternehmereinsatz	1726
IV. Vorgaben für die Vergabe von Unteraufträgen	1729
1. Grundsatz: Freie Auswahl der Unterauftragnehmer	1729
2. Ablehnungsrecht des Auftraggebers	1729
3. Vorgabe einer Mindestquote für Unteraufträge	1731
4. Verpflichtung zur wettbewerblichen Vergabe	1733
5. Einzelheiten des Wettbewerbsverfahrens	1734
6. Rechtsschutz	1738
V. Haftung des Auftragnehmers	1738
F. Kompensationsgeschäfte (Offsets)	1739
I. Begriff und Hintergrund	1739
II. Rechtliche Zulässigkeit und Grenzen	1740

§ 61 Informationssicherheit

A. Einleitung	1743
I. Begriff der Informationssicherheit	1744
II. Elemente zum Schutz der Informationssicherheit	1745
B. Maßnahmen, Anforderungen und Auflagen zum Verschlusssachenschutz	1746
I. Inhaltliche Anforderungen zum Verschlusssachenschutz	1746
1. Festlegung und Bekanntgabe durch den Auftraggeber	1746
2. Mindestanforderungen	1746
3. Weitergehende Anforderungen	1748
4. Geltung auch für den Baubereich	1748
II. Nachweise zur Informationssicherheit	1748
1. Art und Form der Nachweise	1748
2. Bekanntgabe der Nachweisanforderungen	1749
3. Zeitpunkt der Vorlage der Nachweise	1750
4. Möglichkeit der Fristverlängerung für Newcomer	1750
III. Prüfung der Anforderungen an den Verschlusssachenschutz im Vergabeverfahren	1751
1. Eignungsprüfung	1751
2. Ausschlussgründe	1752
IV. Erwerb der Verschlusssachen-Zulassung	1754
1. Geheimschutzbetreuung und Sicherheitsbescheid	1754
2. Materielle Geheimschutzanforderungen	1755
3. Anerkennung von Sicherheitsüberprüfungen anderer EU-Mitgliedstaaten	1755
V. Vor-Ort-Kontrollen im Ausland	1757
C. Allgemeine Pflicht zur Vertraulichkeit	1758
I. Gegenseitige Pflichten	1758
II. Weitere Anforderungen zum Schutz der Vertraulichkeit	1759

§ 62 Versorgungssicherheit

A. Einleitung	1761
B. Begriff der Versorgungssicherheit	1762
C. Anforderungen an die Versorgungssicherheit (§ 8 VSVgV)	1763
I. Allgemeines (Abs. 1)	1763
II. Anforderungen im Einzelnen (Abs. 2)	1764
III. Weitere Anforderungen	1769
D. Berücksichtigung der Versorgungssicherheit auf den einzelnen Verfahrensstufen	1769
I. Beschaffungsgegenstand und Leistungsbeschreibung	1770
II. Bieterauswahl	1770
III. Bedingungen für die Auftragsausführung	1772
IV. Zuschlagskriterien	1772

§ 63 Rechtsschutz bei Vergaben im Verteidigungs- und Sicherheitsbereich (Besonderheiten)

A. Einleitung	1773
B. EU-rechtliche Vorgaben	1774
I. Grundlagen des Rechtsschutzes	1774
II. Spezielle Regelungen für den Verteidigungs- und Sicherheitsbereich	1775
III. Korrekturmechanismus der EU-Kommission	1776

C. Rechtsschutz im deutschen Recht	1777
I. Nachprüfungsverfahren für verteidigungs- und sicherheitsrelevante Aufträge im Sinne des GWB	1777
1. Anwendungsbereich der Nachprüfungs Vorschriften	1777
2. Grundsatz: Geltung der allgemeinen Verfahrensregelungen	1777
3. Besonderheiten im Verteidigungs- und Sicherheitsbereich	1778
II. Rechtsschutz für verteidigungs- und sicherheitsrelevante Aufträge und Konzessionen außerhalb des GWB	1787
1. Subjektive Bieterrechte außerhalb des GWB	1787
2. Verfahren und Rechtsweg	1788
3. Rechtsschutz gegen Vergabeentscheidungen internationaler Organisationen	1792
III. Schadenersatzansprüche	1794

Kapitel 13 Konzessionsvergabeverordnung (KonzVgV)

§ 64 Einleitung

A. Einleitung	1798
B. Allgemeine Bestimmungen	1799
I. Grundregeln der Konzessionsvergabe	1800
II. Freie Ausgestaltung des Verfahrens	1801
III. Wahrung der Vertraulichkeit	1802
IV. Vermeidung von Interessenkonflikten	1802
C. Schwellenwert, Berechnung des geschätzten Vertragswerts	1803

§ 65 Anwendungsbereich

A. Begrifflichkeit	1807
I. Begriffsbestimmung des § 105 GWB	1807
II. Form	1808
III. Betriebsrisiko: Abgrenzung zum öffentlichen Auftrag	1809
1. Amortisationsrisiko	1810
2. Unwägbarkeiten des Marktes, tatsächliche Marktausgesetztheit	1811
3. Angebots- und Nachfragerisiko	1812
IV. Besonderheit der Gegenleistung: „Zuzüglich einer Zahlung“	1812
V. Beschaffungsvorgang, Betrauungsakt, einklagbare Verpflichtung	1813
VI. Entgeltlicher Vertrag, kein Verwaltungsakt	1813
VII. Beschränkte Laufzeit von Konzessionen	1814
VIII. Einzelfallbetrachtung	1815
B. Persönlicher Anwendungsbereich (§ 101 GWB)	1815
C. Sachlicher Anwendungsbereich	1817
I. Bereichsausnahmen	1817
1. Finanzierung	1818
2. Soziale Auswahlverhältnisse	1818
3. Lizenzen für Wirtschaftsausübung	1818
4. Nutzung öffentlicher Bereiche oder Ressourcen, Miet- und Pachtverträge	1819
5. Netzbereitstellungen	1819
6. Notwendigkeit der Unterstützung bei der öffentlichen Daseinsvorsorge	1820
7. Abgrenzung zu Rahmenvereinbarung	1820
II. Konzessionen über soziale und andere besondere Dienstleistungen	1821
III. Vergaberegeln nach der VO 1370/2007 im Bereich ÖPNV	1822
IV. Abgrenzung Dienstleistung- und Baukonzession	1823

§ 66 Verfahrensregeln zur Konzessionsvergabe

A. Einleitung	1825
B. Vorherige Bekanntmachungspflicht	1826
C. Freie Verfahrensgestaltung	1827
D. Verfahrensgarantien und Umgehungsverbot	1828
I. Transparenzgrundsatz	1830
II. Diskriminierungsverbot/Gleichbehandlungsgebot	1830
III. Wettbewerbsgrundsatz	1831
IV. Verhältnismäßigkeitsgrundsatz	1831
V. Geheimwettbewerb, Vertraulichkeit	1832
E. Zulässige Vertragsänderungen und Bekanntmachungspflichten	1832
F. Umgehungsverbot	1833
G. Durchführung einer eVergabe	1834

§ 67 Leistungsbeschreibung, Laufzeit, Vergabeunterlagen, Auskünfte

A. Leistungsbeschreibung	1835
B. Laufzeit	1837
C. Vergabeunterlagen	1838

§ 68 Bekanntmachung, Regeln zum Auswahlverfahren, Fristen und Zuschlag

A. Einleitung	1839
B. Bekanntmachung	1839
C. Frist- und Formvorgaben	1840
I. Fristvorgaben	1840
II. Formvorgaben	1841
D. Auswahl geeigneter Unternehmen (Besonderheiten)	1841
I. Eignungskriterien und -nachweise	1841
II. Ausschlussgründe nach §§ 123, 124 GWB	1843
III. Fehlende/unvollständige Unterlagen	1843
E. Zusätzliche Auskünfte zu den Vergabeunterlagen	1843
F. Bietergemeinschaften	1844
G. Unteraufträge	1844
H. Zuschlag und Zuschlagskriterien	1845
I. Unterrichtungspflicht	1847

§ 69 Aufhebung; Dokumentation; Rechtsschutz

A. Aufhebung des Vergabeverfahrens	1849
B. Dokumentation	1849
C. Rechtsschutz im Vergabeverfahren	1851

§ 70 Konzessionsvergabe unterhalb der Schwellenwerte und außerhalb des förmlichen Vergaberechts

A. Baukonzession unterhalb der Schwellenwerte	1853
B. Dienstleistungskonzession unterhalb der Schwellenwerte	1855
C. Rechtsschutz außerhalb des förmlichen Vergaberechts	1856
I. Rechtswegzersplitterung außerhalb des förmlichen Vergaberechts	1856
II. Handlungsformen der Verwaltung	1858
III. Zuschlag durch Verwaltungsakt?	1859
IV. Fragen der Rechtswegverweisung	1859

Kapitel 14 Auftragsvergaben im Bereich Öffentlicher Personenverkehrsdienste auf Schiene und Straße (Verordnung (EG) Nr. 1370/2007)

§ 71 Einführung zur VO 1370/2007

A. Einleitung	1861
I. Zweck der Verordnung	1862
II. Verordnungsrecht iSd Art. 288 AEUV	1862
III. Anpassungsbedarf des deutschen Rechts	1863
IV. Auslegungsleitlinien der Kommission	1864
V. Änderungsverordnung 2016	1864
B. Reichweite der unmittelbaren Anwendbarkeit seit dem 3.12.2009	1865
I. Vergaberechtliche Regelungen	1865
II. Beihilfenrechtliche Regelungen	1866
III. Laufzeiten der öffentlichen Dienstleistungsaufträge	1867
IV. Veröffentlichungspflichten	1867
C. Vorgängerregelungen	1867
I. Verordnung (EWG) Nr. 1191/69	1868
II. Verordnung (EWG) Nr. 1107/70	1868
D. Entstehungsgeschichte	1869

§ 72 Anwendungsbereich

A. Einleitung	1872
B. Geltungsbereich: Öffentliche Personenverkehrsdienste auf Schiene und Straße	1873
I. Straßen- und Eisenbahnverkehre sowie andere Arten des Schienenverkehrs	1873
II. Öffentliche Personenverkehre	1874
C. Zuständige Behörde	1875
D. Betreiber	1876
E. Öffentlicher Dienstleistungsauftrag	1877
I. Eigenständigkeit der Begriffsbildung	1877
1. Übereinkunft oder Entscheidung	1877
2. Verwaltung und Erbringung öffentlicher Personenverkehre	1879
3. Gemeinwirtschaftliche Verpflichtung	1880
4. Betrauung	1884
II. Pflicht zur Begründung eines öffentlichen Dienstleistungsauftrages	1885
1. Gewährung ausschließlicher Rechte	1885
2. Gewährung von Ausgleichsleistungen	1888
3. Eigenwirtschaftliche (kommerzielle) Verkehre	1888
III. Inhalt öffentlicher Dienstleistungsaufträge	1891
1. Klare Definition der gemeinwirtschaftlichen Verpflichtung	1891
2. Art und Umfang der gewährten Ausschließlichkeit	1891
3. Parameter zur Berechnung der Ausgleichsleistung	1892
4. Laufzeitbeschränkungen	1893
5. Schutz der Arbeitnehmer	1895
6. Verpflichtung zur Einhaltung bestimmter Qualitätsstandards	1899
7. Vergabe von Unteraufträgen	1900
8. Weitere Inhalte	1903
9. Änderungen während der Laufzeit des öffentlichen Dienstleistungsauftrages	1904
10. Annex: Gesamtbericht nach Art. 7 Abs. 1 VO 1370/2007	1904

§ 73 Vergabe öffentlicher Dienstleistungsaufträge im Wettbewerb

A. Einleitung	1907
I. Art. 5 Abs. 1 und Abs. 3 VO 1370/2007	1907
II. Dienstleistungskonzessionen im öffentlichen Personenverkehr	1908
1. Bedeutung der Unterscheidung von Auftrag und Konzession	1908
2. Dienstleistungskonzessionen in der Rechtsprechung des EuGH	1910
3. Entscheidungspraxis deutscher Gerichte und Vergabekammern	1911
4. Brutto- und Nettoverträge	1913
B. Vergaben nach Art. 5 Abs. 3 VO 1370/2007	1914

§ 74 Direktvergaben öffentlicher Dienstleistungsaufträge

A. Einleitung	1920
B. Direktvergaben von Eisenbahnverkehren	1922
C. Selbsterbringung und Vergabe an interne Betreiber	1926
I. Handlungsoptionen der zuständigen Behörde(n)	1927
II. Interner Betreiber – das Kontrollkriterium	1929
III. Tätigkeitsbeschränkungen – das Wesentlichkeitskriterium	1931
IV. Selbsterbringungsquote gemäß Art. 5 Abs. 2 S. 2 lit. e VO 1370/2007 ..	1933
V. Selbsterbringung iSd Art. 5 Abs. 2 S. 1 Alt. 1 VO 1370/2007	1934
D. Direktvergaben bei Kleinaufträgen	1935
I. Anwendungsbereich	1935
II. Schwellenwerte	1936
III. Umgehungsverbot und Losbildung	1937
E. Notmaßnahmen	1938
I. Notsituation: Unterbrechung oder unmittelbare Gefahr der Unterbrechung	1938
1. Unterbrechung des Verkehrsdienstes	1938
2. Unmittelbare Gefahr der Unterbrechung	1940
II. Notmaßnahmen: Direktvergabe, Direkterweiterung, Auferlegung	1940
1. Direktvergabe	1940
2. Direkterweiterung	1941
3. Auferlegung	1942
4. Anwendbarkeit von Notmaßnahmen nach Art. 5 Abs. 5 VO 1370/ 2007	1942
III. Ermessen der zuständigen Behörde	1944
1. Entscheidung über das Ergreifen von Notmaßnahmen	1944
2. Auswahl des Verkehrsunternehmens	1944
3. Auferlegung als ultima ratio	1945
4. Qualität der zu erbringenden Verkehrsdienste	1945
5. Dauer der Notmaßnahmen	1946
IV. Einstweilige Erlaubnis nach § 20 PBefG	1947

§ 75 Rechtsschutz (Besonderheiten)

A. Einleitung	1949
B. Rechtsschutz bei der Vergabe von Bus- und Straßenbahnverkehren	1949
C. Rechtsschutz bei der Vergabe von Eisenbahnverkehren	1950
D. Rechtsschutz gegen eine Auferlegung nach Art. 5 Abs. 5 VO 1370/2007	1951

**Kapitel 15 Auftragsvergaben im Bereich der gesetzlichen
Krankenversicherung: Krankenkassenausschreibungen (SGB V)**

§ 76 Einführung

A. Wettbewerb im System der gesetzlichen Krankenversicherung	1957
B. Gesetzgeberische Maßnahmen im Einzelnen	1958

§ 77 Anwendungsbereich

A. Einleitung	1969
B. Anwendung des Vergaberechts	1969
I. Materielles Vergaberecht	1971
1. Öffentliche Auftraggebereigenschaft	1971
2. Öffentlicher Auftrag	1972
II. Besondere Berücksichtigung des Versorgungsauftrags der gesetzlichen Krankenkassen	1973
III. Rechtsschutz bei vergaberechtlichen Streitigkeiten im Bereich des SGB V	1976
C. Entsprechende Geltung des Kartellrechts	1976
I. Berücksichtigung kartellrechtlicher Verstöße des Auftraggebers im Vergabenausschreibungsverfahren	1978
II. Ausnahmeklausel in § 69 Abs. 2 S. 2 SGB V	1980

§ 78 Vergaberechtlicher Rechtsschutz und Open-House-Verfahren

A. Einleitung	1983
B. Primärrechtsschutz bei vergaberechtlichen Streitigkeiten im Bereich des SGB V	1984
C. Das Open-House-Verfahren	1987
I. Rechtsprechungsentwicklung zu den Anforderungen an ein „vergaberechtsfreies“ Open-House-Verfahren	1989
II. Rechtsprechungsentwicklung zum zulässigen Rechtsweg bei Open-House-Verfahren	1998
1. Parallele und vergleichbare Rechtsprechungsentwicklung zu Hilfsmittelversorgungsverträgen	1999
2. Rechtsprechungsentwicklung zu Open-House-Verträgen	2003

§ 79 Hilfsmittelversorgungsverträge

A. Einleitung	2010
B. Präqualifizierungsverfahren gemäß § 126 SGB V	2011
C. Hilfsmittelversorgungsverträge gemäß § 127 SGB V	2014
I. Hilfsmittelversorgung nach dem TSVG	2014
1. Rahmenverträge mit Beitrittsrecht gemäß § 127 Abs. 1, 2 SGB V ...	2014
2. Einzelfallverträge gemäß § 127 Abs. 3 SGB V	2018
II. Hilfsmittelversorgung vor dem TSVG	2020
1. Ausschreibungsverträge gemäß § 127 Abs. 1 SGB V aF	2020
2. Beitrittsverträge gemäß § 127 Abs. 2, 2a SGB V aF	2031
3. Einzelfallverträge gemäß § 127 Abs. 3 SGB V aF	2035

§ 80 Arzneimittelrabattverträge

A. Einleitung	2040
B. Vergaberechtliche Grundkonzeption von Arzneimittelrabattverträgen gemäß § 130a Abs. 8 SGB V	2043
I. Arzneimittelrabattverträge als Rahmenvereinbarungen gemäß § 103 Abs. 5 GWB, § 21 VgV	2044
1. Entgeltlichkeit im Sinne von § 103 Abs. 1 GWB bei Rabattverträgen betreffend Generika	2045

Inhaltsverzeichnis

2. Entgeltlichkeit im Sinne von § 103 Abs. 1 GWB bei Rabattverträgen betreffend (patentgeschützte) Originalpräparate	2049
II. Vergaberechtsfreie Open-House-Verträge	2054
C. Ausschreibungsrelevante Besonderheiten bei Arzneimittelrabattverträgen betreffend Generika	2056
I. Anforderungen an eine eindeutige und erschöpfende Leistungsbeschreibung	2056
II. Spezielle Kalkulationsrisiken	2061
1. Mehr-Partner-Modelle und Kaskadenprinzip	2061
2. Vorgaben an die Reihenfolge der Inanspruchnahme der Rabattvertragspartner	2063
3. Zivilrechtliche Vertragsklauseln	2065
4. Rabattvorgaben	2067
III. Vorgaben zur Losbildung	2068
1. Allgemeine Vorgaben	2068
2. Besondere Vorgaben bei bestimmten versorgungskritischen Arzneimitteln	2068
IV. Eignungsanforderungen	2070
V. Anforderungen an die Angebotswertung und Preisprüfung	2070
VI. Vergaberechtliche Zulässigkeit von Lokalisierungsanforderungen	2072
VII. Beteiligung konzernverbundener Unternehmen	2075
VIII. Zulässigkeit von Bietergemeinschaften	2078
IX. Formanforderungen	2080
X. Kostenrisiken	2081
XI. Vorlaufzeit vor Vertragsbeginn	2081
XII. Verpflichtende Bevorratung vertragsgegenständlicher Arzneimittel	2082
D. Ausschreibungsrelevante Besonderheiten bei Rabattverträgen betreffend (patentgeschützte) Originalpräparate	2083
I. Spezialitätsverhältnis zwischen § 130c SGB V und § 130a Abs. 8 SGB V	2083
II. Anforderungen an die Wahl des Verhandlungsverfahrens ohne Teilnahmewettbewerb	2086
1. Ausschreibung von Rabattverträgen gemäß § 130a Abs. 8 SGB V	2086
2. Abschluss von Erstattungsbetragsvereinbarungen gemäß § 130b SGB V	2089
III. Vergleichbarkeit der Angebote – Anforderungen an die Leistungsbeschreibung	2090
IV. Ausschreibungen (in zeitlicher Hinsicht kurz) vor Ablauf des Patentschutzes	2093
V. Ausschreibungen von Rabattverträgen trotz indikationsbezogenen Patentschutzes	2093
VI. Durchführung eines Open-House-Verfahrens bei bestehendem Patentschutz	2098
E. Ausschreibungsrelevante Besonderheiten bei Rabattverträgen betreffend Verträge über Generika oder patentgeschützte Originalpräparate	2099
I. Mitteilungspflichten über die vereinbarten Rabattsätze nach dem IFG	2099
II. Abgrenzung von Unterauftragnehmern zu Dritten mit Hilfsfunktion	2103
III. Vergaberechtliche Vorgaben für die Bewertung des Mehrkostenausgleichs bei Festbetragsüberschreitung	2106

IV. Berücksichtigungsfähigkeit von rabattvertragsbedingten Umsatzsteuererstattungen bei der Angebotskalkulation	2107
V. Portfolio-Rabattverträge und faktisch patentverlängernde Rabattverträge nach der zeitweisen Neuregelung durch § 130a Abs. 8 S. 8 SGB V aF ..	2109
F. Ausschreibung von Rabattverträgen über biologisch/biotechnologisch hergestellte Arzneimittel	2109

§ 81 Rabattverträge über Fertigarzneimittel zur Herstellung parenteraler Zubereitungen in der Onkologie

A. Einleitung	2115
B. Vergaberechtliche Grundkonzeption von Rabattverträgen über Fertigarzneimittel zur Herstellung parenteraler Zubereitungen gemäß § 130a Abs. 8c SGB V	2117
I. Fertigarzneimittelrabattverträge als Rahmenvereinbarungen gemäß § 103 Abs. 5 GWB, § 21 VgV	2117
1. Lenkungs- bzw. Steuerungswirkung	2119
2. Zusicherung von Exklusivität bzw. Einräumung eines Wettbewerbsvorteils	2120
II. Vergaberechtsfreie Open-House-Verträge	2121
C. Ausschreibungsrelevante Besonderheiten bei Rabattverträgen über Fertigarzneimittel zur Herstellung parenteraler Zubereitungen gemäß § 130a Abs. 8c SGB V	2122
I. Einheitlicher und gemeinsamer Rabattvertragsabschluss durch die Landesverbände der Krankenkassen und die Ersatzkassen	2122
II. Anforderungen an eine eindeutige und erschöpfende Leistungsbeschreibung	2124
III. Zulässigkeit von Doppelrabattvorgaben	2125
D. Sozialrechtliche Vorgaben für Preisvereinbarungen zwischen Krankenkassen und Apotheken betreffend Zubereitungen aus Fertigarzneimitteln	2126
E. Ausschreibung von Zytostatika-Versorgungsverträgen gemäß § 129 Abs. 5 S. 3 SGB V aF	2128
I. Selektivverträge im Verhältnis zwischen Krankenkassen und Apotheken ..	2129
1. Ausschreibungsfähigkeit	2129
2. Ausschreibungsspezifische Sonderprobleme	2131
II. Ausschreibungspflicht im Verhältnis zwischen Apotheken und pharmazeutischen Unternehmen	2135
III. Auskunftsanspruch gemäß § 129 Abs. 5c S. 4 SGB V aF	2138

§ 82 Weitere ausschreibungsrelevante Versorgungsverträge

A. Einleitung	2140
B. Impfstoffversorgungsverträge gemäß § 132e SGB V	2140
C. Verträge über besondere Versorgung gemäß § 140a SGB V	2140
I. Vergaberechtliche Grundkonzeption von besonderen Versorgungsverträgen gemäß § 140a Abs. 1 SGB V	2141
1. Besondere Versorgungsverträge als Rahmenvereinbarungen gemäß § 103 Abs. 5 GWB, § 21 VgV	2142
2. Entgeltlichkeit im Sinne von § 103 Abs. 1 GWB	2143
II. Ausschreibungsrelevante Besonderheiten bei besonderen Versorgungsverträgen gemäß § 140a Abs. 1 SGB V	2144
1. Umgehungsproblematik der vergaberechtlichen Ausschreibungspflicht	2144
2. Besondere Versorgungsverträge im Zusammenhang mit sozialen und anderen besonderen Dienstleistungen	2145

D. Hausarztzentrierte Versorgungsverträge gemäß § 73b SGB V	2146
I. Vergaberechtliche Grundkonzeption von hausarztzentrierten Versorgungsverträgen gemäß § 73b SGB V	2148
1. Beschaffungscharakter im Sinne von § 103 Abs. 1 GWB	2148
2. Entgeltlichkeit im Sinne von § 103 Abs. 1 GWB	2148
3. Vornahme einer Auswahlentscheidung	2149
4. Hausarztzentrierte Versorgungsverträge als Rahmenvereinbarungen gemäß § 103 Abs. 5 GWB, § 21 VgV	2150
II. Ausschreibungsrelevante Besonderheiten bei hausarztzentrierten Versorgungsverträgen gemäß § 73b Abs. 4 S. 3 SGB V („Sekundärverträgen“)	2150

Kapitel 16 Binnenmarktrelevante Auswahlverfahren nach primärrechtlichen Verfahrensvorgaben (AEUV)

§ 83 Rechtliche Grundlagen

A. Einleitung	2154
B. Grundfreiheitliche Vorgaben	2157
I. Systematisches Verhältnis von Primär- und Sekundärrecht	2157
II. Anwendung durch den EuGH	2158
1. Dienstleistungsfreiheit	2159
2. Niederlassungsfreiheit	2161
3. Freier Kapital- und Zahlungsverkehr	2162
4. Arbeitnehmerfreizügigkeit	2164
5. Freiheit des Warenverkehrs	2164
6. Diskriminierungsverbot	2165
C. Allgemeine Grundsätze des europäischen Primärrechts	2166
I. Transparenzgrundsatz	2166
II. Das grundfreiheitliche Gleichbehandlungsgebot	2167
III. Effektivitätsgrundsatz und Äquivalenz	2167
D. EU-Beihilferecht	2168
E. Dokumente der EU-Kommission	2169
I. Unterschwellenmitteilung von 2006	2170
II. Bekanntmachung zum Begriff der staatlichen Beihilfe	2171
III. XXIII. Wettbewerbsbericht von 1993	2171
IV. Leitfäden zur beihilfenkonformen Finanzierung, Umstrukturierung und Privatisierung staatseigener Unternehmen	2172
F. Anhang	2173
Anhang 1: Mitteilung der Kommission zu Auslegungsfragen in Bezug auf das Gemeinschaftsrecht, das für die Vergabe öffentlicher Aufträge gilt, die nicht oder nur teilweise unter die Vergaberichtlinien fallen, vom 1.8.2006	2173
Anhang 2: Mitteilung der Kommission: Bekanntmachung der Kommission zum Begriff der staatlichen Beihilfe im Sinne des Artikels 107 Absatz 1 AEUV	2179
Anhang 3: XXIII. Bericht der Kommission über die Wettbewerbspolitik 1993 [A]	2186
Anhang 4: Arbeitsunterlage der Kommissionsdienststellen – Leitfäden zur beihilfenkonformen Finanzierung, Umstrukturierung und Privatisierung staatseigener Unternehmen, vom 10.2.2012	2187

§ 84 Anwendungsbereich

A. Einleitung	2196
B. Sachlicher Anwendungsbereich	2197
I. Der Begriff der „Binnenmarktrelevanz“ in der Rechtsprechung des EuGH	2197
1. Potenzielle Beteiligung von Bietern anderer Mitgliedstaaten	2198
2. Einschränkungen: Das grenzüberschreitende Interesse	2199
3. Berücksichtigung durch die deutschen Gerichte	2202
II. Fallgruppen	2204
1. Der Staat als Nachfrager	2204
2. Öffentliche Veräußerungsgeschäfte – der Staat als Anbieter	2207
III. Sachliche Ausnahmen	2215
1. Rechtfertigungsgründe des europäischen Primärrechts	2215
2. „In-House“-Vergaben	2216
3. Ausnahmetatbestände des Vergabesekundärrechts	2219
C. Persönlicher Anwendungsbereich	2221
I. Öffentliche Auftraggeber im Sinne von § 99 Nr. 1 und 3 GWB	2221
II. Privatrechtlich verfasste Unternehmen eines Mitgliedstaats	2221
1. Öffentliche Unternehmen im Sinne von Art. 106 AEUV	2222
2. Monopolartige bzw. staatlich begünstigte Unternehmen im Sinne von Art. 106 AEUV	2225

§ 85 Beihilferechtliche Verfahrensvorgaben

A. Einführung	2227
B. Beihilferechtliche Privatisierungsgrundsätze	2230

**§ 86 Vorbereitung und Durchführung primärrechtlicher
Bieterverfahren**

A. Einleitung	2239
B. Ablauf eines primärrechtlichen strukturierten Bieterverfahrens unter Berücksichtigung beihilferechtlicher Belange	2240
I. Anforderungen an die Bekanntmachung	2240
II. Fristvorgaben	2242
III. Prüfung der Interessenbekundungen und diskriminierungsfreie Auswahl der Verhandlungspartner	2243
IV. Ausschluss von Bewerbern	2243
V. Die Festlegung von Bewertungskriterien	2244
1. Die Gewichtung der Bewertungskriterien	2245
2. Der Zeitpunkt der Festlegung der Bewertungsmatrix	2246
VI. Keine Vorabinformationspflicht gegenüber den unterlegenen Bietern bzw. Bewerbern	2249
VII. Verspätet eingereichte Interessenbekundungen	2250
VIII. Nachträgliche Konsortienbildungen	2251
IX. Umgang mit Interessenkollisionen	2253

**§ 87 Rechtsfolgen von Verstößen und Rechtsschutz
(Besonderheiten)**

A. Einleitung	2259
B. Risiken der Nichtbeachtung von primärrechtlichen und beihilferechtlichen Verfahrensvorgaben	2260
C. Rechtsschutz	2263
I. Rechtsweg	2263

Inhaltsverzeichnis

II. Umfang des Rechtsschutzes/Rechtsschutzziele	2265
1. Primärrechtsschutz	2265
2. Sekundärrechtsschutz	2269
III. Personelle Rechtsbehelfsberechtigung	2270
D. Beihilferecht und Grundfreiheiten	2273

Kapitel 17 Europarechtliche Vorgaben für öffentliche Auftragsvergaben mit Drittstaatenbezug

§ 88 Die IPI-Verordnung

A. Einleitung	2277
B. Gegenstand und Anwendungsbereich	2279
C. Untersuchungen, Konsultationen, Maßnahmen und Verpflichtungen	2279

§ 89 Die Drittstaatusubventionsverordnung

A. Einleitung	2283
B. Melde- und Erklärungspflichten in Vergabeverfahren	2284
C. Vorprüfung und eingehende Prüfung durch die Kommission	2285
D. Auswirkungen der Prüfung auf das Vergabeverfahren	2286

§ 90 Weitere Unionsrechtsakte mit Bezug zum Vergaberecht

A. Die Verordnung über den Schutz der Union und ihrer Mitgliedstaaten vor wirtschaftlichem Zwang durch Drittländer	2289
B. Der Vorschlag für ein Binnenmarktnotfallinstrument	2290

Kapitel 18 Auftragsvergaben unterhalb der europäischen Schwellenwerte

§ 91 Einführung

A. Haushaltsrecht	2294
B. Einkauf nach einheitlichen Richtlinien	2294
I. Bundesebene	2294
II. Landesebene	2298
C. Europäisches Primärrecht	2299

§ 92 Landesvergabegesetze

A. Baden-Württemberg	2304
I. Vom Anwendungsbereich betroffene Vergabestellen	2305
II. Besonderheiten im Vergabeverfahren	2305
III. Mittelstandsförderung	2306
IV. Tariflohnbestimmungen	2306
V. e-Vergabe	2308
VI. Vergabefremde Aspekte	2309
VII. Rechtsschutz- und Beschwerdemöglichkeiten	2310
B. Bayern	2310
I. Vom Anwendungsbereich betroffene Vergabestellen	2312
II. Besonderheiten im Vergabeverfahren	2312
III. Mittelstandsförderung	2313
IV. Tariflohnbestimmungen	2314
V. e-Vergabe	2314
VI. Vergabefremde Aspekte	2314
VII. Rechtsschutz- und Beschwerdemöglichkeiten	2316
C. Berlin	2317
I. Vom Anwendungsbereich betroffene Vergabestellen	2318

II. Besonderheiten im Vergabeverfahren	2319
III. Mittelstandsförderung	2320
IV. Tariflohnbestimmungen	2320
V. e-Vergabe	2321
VI. Vergabefremde Aspekte	2321
VII. Rechtsschutz- und Beschwerdemöglichkeiten	2322
D. Brandenburg	2322
I. Vom Anwendungsbereich betroffene Vergabestellen	2323
II. Besonderheiten im Vergabeverfahren	2324
III. Mittelstandsförderung	2326
IV. Tariflohnbestimmungen	2326
V. e-Vergabe	2327
VI. Vergabefremde Aspekte	2328
VII. Rechtsschutz- und Beschwerdemöglichkeiten	2329
E. Bremen	2329
I. Vom Anwendungsbereich betroffene Vergabestellen	2330
II. Besonderheiten im Vergabeverfahren	2331
III. Mittelstandsförderung	2332
IV. Tariflohnbestimmungen	2332
V. e-Vergabe	2334
VI. Vergabefremde Aspekte	2334
VII. Rechtsschutz- und Beschwerdemöglichkeiten	2335
F. Hamburg	2335
I. Vom Anwendungsbereich betroffene Vergabestellen	2336
II. Besonderheiten im Vergabeverfahren	2337
III. Mittelstandsförderung	2338
IV. Tariflohnbestimmungen	2339
V. e-Vergabe	2340
VI. Vergabefremde Aspekte	2340
VII. Rechtsschutz- und Beschwerdemöglichkeiten	2341
G. Hessen	2341
I. Vom Anwendungsbereich betroffene Vergabestellen	2342
II. Besonderheiten im Vergabeverfahren	2342
III. Mittelstandsförderung	2343
IV. Tariflohnbestimmungen	2343
V. e-Vergabe	2344
VI. Vergabefremde Aspekte	2344
VII. Rechtsschutz- und Beschwerdemöglichkeiten	2345
H. Mecklenburg-Vorpommern	2345
I. Vom Anwendungsbereich betroffene Vergabestellen	2347
II. Besonderheiten im Anwendungsbereich der Vergabearten	2348
III. Mittelstandsförderung	2349
IV. Tariflohnbestimmungen	2350
V. e-Vergabe	2350
VI. Vergabefremde Aspekte	2351
VII. Rechtsschutz- und Beschwerdemöglichkeiten	2351
I. Niedersachsen	2351
I. Vom Anwendungsbereich betroffene Vergabestellen	2352
II. Besonderheiten im Anwendungsbereich der Vergabearten	2352
III. Mittelstandsförderung	2353
IV. Tariflohnbestimmungen	2353
V. e-Vergabe	2353

Inhaltsverzeichnis

VI. Vergabefremde Aspekte	2353
VII. Rechtsschutz- und Beschwerdemöglichkeiten	2354
J. Nordrhein-Westfalen	2355
I. Vom Anwendungsbereich betroffene Vergabestellen	2356
II. Besonderheiten im Anwendungsbereich der Vergabearten	2356
III. Mittelstandsförderung	2357
IV. Tariflohnbestimmungen	2358
V. e-Vergabe	2359
VI. Vergabefremde Aspekte	2359
VII. Rechtsschutz- und Beschwerdemöglichkeiten	2360
K. Rheinland-Pfalz	2360
I. Vom Anwendungsbereich betroffene Vergabestellen	2361
II. Besonderheiten im Anwendungsbereich der Vergabearten	2362
III. Mittelstandsförderung	2363
IV. Tariflohnbestimmungen	2363
V. e-Vergabe	2365
VI. Vergabefremde Aspekte	2365
VII. Rechtsschutz- und Beschwerdemöglichkeiten	2366
L. Saarland	2366
I. Vom Anwendungsbereich betroffene Vergabestellen	2367
II. Besonderheiten im Anwendungsbereich der Vergabearten	2367
III. Mittelstandsförderung	2367
IV. Tariflohnbestimmungen	2368
V. e-Vergabe	2369
VI. Vergabefremde Aspekte	2369
VII. Rechtsschutz- und Beschwerdemöglichkeiten	2369
M. Sachsen	2369
I. Vom Anwendungsbereich betroffene Vergabestellen	2370
II. Besonderheiten im Anwendungsbereich der Vergabearten	2370
III. Mittelstandsförderung	2371
IV. Tariflohnbestimmungen	2371
V. Vergabefremde Aspekte	2372
VI. e-Vergabe	2372
VII. Rechtsschutz- und Beschwerdemöglichkeiten	2372
N. Sachsen-Anhalt	2373
I. Vom Anwendungsbereich betroffene Vergabestellen	2373
II. Besonderheiten im Anwendungsbereich der Vergabearten	2374
III. Mittelstandsförderung	2374
IV. Tariflohnbestimmungen	2375
V. e-Vergabe	2375
VI. Vergabefremde Aspekte	2376
VII. Rechtsschutz- und Beschwerdemöglichkeiten	2376
O. Schleswig-Holstein	2377
I. Vom Anwendungsbereich betroffene Vergabestellen	2377
II. Besonderheiten im Anwendungsbereich der Vergabearten	2378
III. Mittelstandsförderung	2380
IV. Tariflohnbestimmungen	2380
V. e-Vergabe	2381
VI. Vergabefremde Aspekte	2381
VII. Rechtsschutz- und Beschwerdemöglichkeiten	2381
P. Thüringen	2382
I. Vom Anwendungsbereich betroffene Vergabestellen	2382
II. Besonderheiten im Anwendungsbereich der Vergabearten	2382

III. Mittelstandsförderung	2383
IV. Tariflohnbestimmungen	2383
V. e-Vergabe	2384
VI. Vergabefremde Aspekte	2384
VII. Rechtsschutz- und Beschwerdemöglichkeiten	2386
§ 93 Rechtsschutz unterhalb der Schwellenwerte	
A. Einleitung	2387
B. Rechts- und Fachaufsichtsbeschwerde	2388
C. Nachprüfungsstellen gem. § 21 VOB/A	2389
D. Einstweilige Verfügung	2389
I. Verfügungsanspruch	2390
II. Verfügungsgrund	2391
III. Keine Vorwegnahme der Hauptsache	2392
IV. Nebenintervention	2393
E. Sekundärrechtsschutz	2393
F. Besondere landesrechtliche Rechtsschutzmöglichkeiten	2394
I. Hessen	2395
II. Rheinland-Pfalz	2395
III. Sachsen	2396
IV. Sachsen-Anhalt	2396
V. Thüringen	2397
Sachverzeichnis	2399

